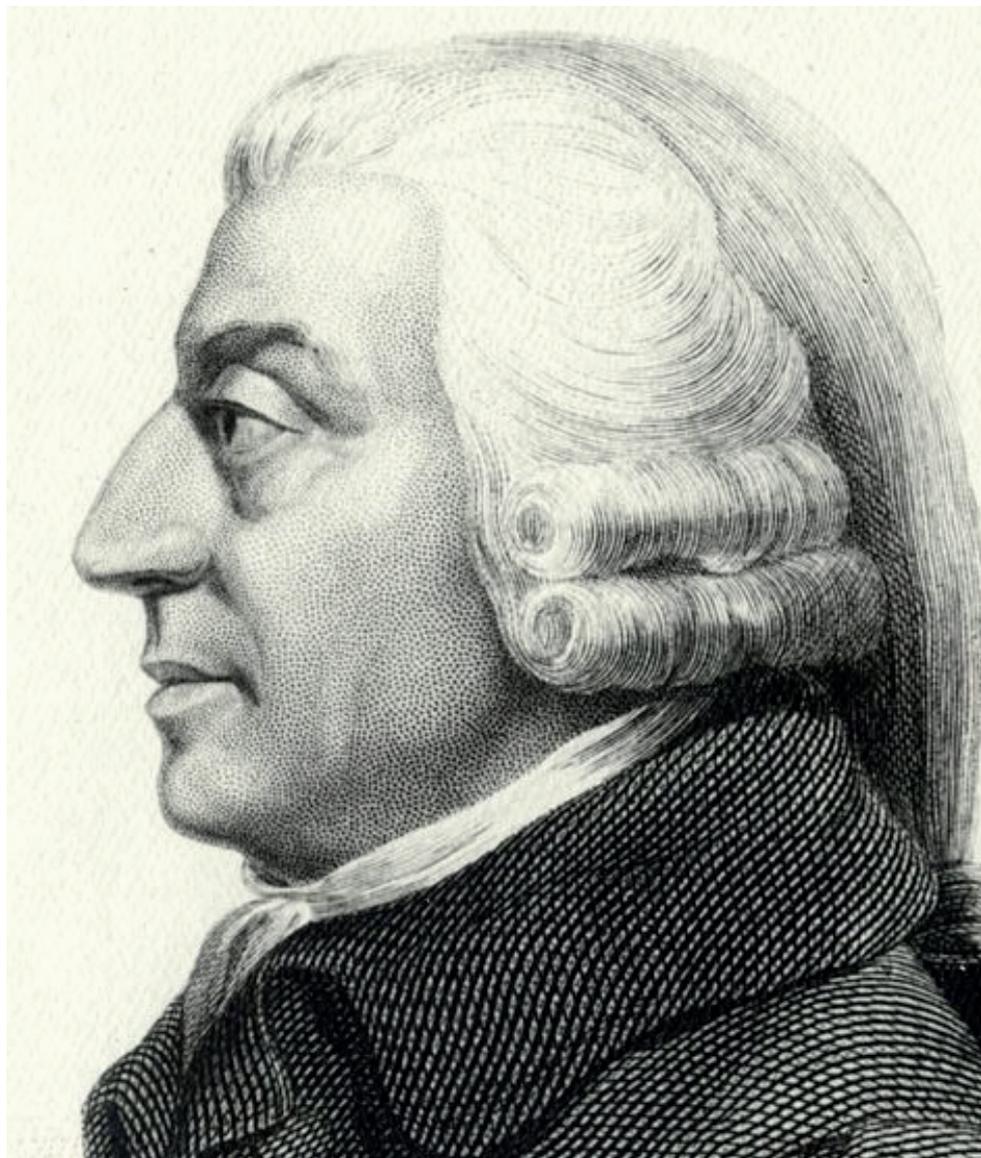


Standpunkte

Zeitschrift der Studienvertretung VW/Sozök/SEEP an der WU Wien



Die Ökonomie als Wissenschaft

Economics as Science

Different schools of economic thought focus on different problems and have a different understanding regarding the creation and limits of knowledge. Philosophy of science enables us to examine these approaches.

Page 4

Zuviel BWL im VWL/Sozök-Studium?

Wer an der WU VWL oder Sozioökonomie im Bachelor studieren will, muss sich im ersten Jahr zuerst unter anderem in AMC I, AMC II und BIS beweisen. Warum eigentlich?

Seite 6

Wer unterrichtet dich: Sabine Frerichs

Sie ist seit 2016 Professorin für Wirtschaftssoziologie an der WU. Mit uns spricht sie über das Verhältnis von Wahrheit und Ökonomie, sowie über Verhaltensökonomie aus soziologischer Perspektive.

Seite 17

inhalt editorial

3 Die Studienvertretung berichtet

4 Economics as Science: Philosophical foundations and their implications on political reality

von Mara Weiß

6 Zu viel BWL im VWL- und SozÖk-Studium?

von Sophie Achleitner

8 Freier Handel - Gerechter Handel?

von Franziska Foissner

10 Great Europe from Lisbon to Vladivostok

von Dmitry Erokhin

14 Das Netzwerk FrauWL - Als Frau in der VWL nicht untergehen

von Pia Heckl

BUCHREZENSIONEN

14 Handbuch Reichtum

von Severin Rapp

15 Steueroasen

von Andreas Chmielowski

WER UNTERRICHTET DICH?

17 Interview mit Sabine Frerichs

von Andjelka Puzic und Andreas Chmielowski

VERANSTALTUNGSKALENDER

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach langer Zeit ist es endlich wieder soweit! Neue Standpunkte, mit neuen spannenden Themen von neuen RedakteurInnen für ein neues Publikum! Es war wieder einmal ein großes Stück Arbeit, und wir sind stolz euch hiermit das Ergebnis präsentieren zu dürfen!

Das Schwerpunktthema der diesmaligen Ausgabe ist „Die Ökonomie als Wissenschaft“, das im Artikel von Mara Weiß auf Seite 4 aus philosophischer und wissenschaftstheoretischer Perspektive abgehandelt wird. Für das Interview „Wer unterrichtet dich?“ konnten wir diesmal zudem Sabine Frerichs gewinnen, die seit 2016 Professorin für Wirtschaftssoziologie an der WU ist. Auf Seite 17 spricht sie mit uns über über Wahrheit in der Ökonomie und deren Verhältnis zur Soziologie.

Auch abseits des Schwerpunkts beschäftigen sich unsere RedakteurInnen mit spannenden Themen. Gleich zwei befassen sich mit Freihandel: Auf Seite 10 bringt uns Dmitry Erokhin den aktuellen wissenschaftlichen Stand bezüglich möglicher Vorteile einer Freihandelszone der EU mit Rußland nahe, während Franziska Foissner in einer kritischen Abhandlung auf Seite 8 die Fragen von mit Freihandel verbundener ökonomischer Machtverschiebungen und daraus resultierender Ungleichheit ins Zentrum rückt. Pia Heckl präsentiert uns auf Seite 14 FrauWL, ein Netzwerk, das Frauen hilft in der ansonsten stark männlich dominierten Ökonomie Fuß zu fassen. Und Sophie Achleitner beschäftigt sich auf Seite 6 mit einer Frage, die sich erfahrungsgemäß sehr viele Bachelorstudierende stellen: Wieso ist der Gehalt an BWL in meinem VWL/SozÖk-Studium so hoch?

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!
Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com! Weitere Informationen und alte Ausgaben findest du auf den Seiten des VW-Zentrum wu.ac.at/economics/vw-zentrum.

Ein wichtiger Hinweis an dieser Stelle: Die Cheffinnenredaktion der Standpunkte wird langsam alt und sucht nach Nachwuchs! Mehr dazu auf unserem Inserat aus Seite 19.

Viel Spass beim Lesen!
Eure Standpunkte-Redaktion

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 17, Mai 2019
HERAUSGEBERIN: Mastervertretung VWL/SozÖk/SEEP WU
CHEFFINNENREDAKTION: Andreas Chmielowski
REDAKTION DIESER AUSGABE: Mara Weiß, Andjelka Puzic, Franziska Foissner, Pia Heckl, Andreas Chmielowski, Sophie Achleitner, Dmitry Erokhin und Severin Rapp
LAYOUT: Andreas Chmielowski

Das VWZ stellt sich vor

Seit dem Wintersemester 2011/2012 unterstützt das VW-Zentrum Studierende bei Anliegen rund um das volkswirtschaftliche Bachelor- und Masterstudium. Dies umfasst unter anderem die Beratung betreffend Kursplanung und Studienplan, die Besprechung von Karrieremöglichkeiten für AbsolventInnen sowie den Austausch von Erfahrungen, um das Studium so angenehm wie möglich zu gestalten. In unseren wöchentlichen Sprechstunden könnt ihr gerne bei uns vorbeikommen und eure Anliegen mit uns besprechen.

Erreichbarkeit:
E-Mail: vw-zentrum@wu.ac.at

(am besten erreichbar)

Telefon: 01/3132364525

Sprechstunde: Mi., 12-14h im D4.2.108

Homepage: www.wu.ac.at/economics/vw-zentrum
Facebook: VW-Zentrum (Seite)
und Volkswirtschaft (Bachelor) Forum WU

Zusätzlich zu der Studienberatung organisieren wir gemeinsam mit interessierten Mitstudierenden zwei Kurse pro Semester, die SOLV (Selbstorganisierte Lehrveranstaltung) und den Lesekreis. Diese Kurse bieten wir an, um Themen aufzuarbeiten, die uns aktuell beschäftigen. Dazu laden wir ExpertInnen ein, die mit uns wichtige ökonomische Hintergründe oder aktuelle Forschungsergebnisse diskutieren. Neben dem Kursangebot werden auch Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen organisiert, um aktuelle Debatten aufzugreifen (z.B. Sozialpartnerschaft). Um einen Einblick über die letzten Veranstaltungen zu gewinnen, schaut auf unseren Medialkanälen vorbei.

Uns als Community ist es nicht nur wichtig, uns gegenseitig im Studium zu unterstützen, sondern auch gemeinsam den Studienalltag ausklingen zu lassen. Daher kommen wir 2-3 Mal pro Semester beim Heurigen zusammen, um gemütlich zusammen zu sitzen und gemeinsam zu feiern.

Das sozök-home stellt sich vor

Das sozök-home ist die studentische Beratungs- und Vernetzungsstelle am Sozioökonomiedepartment. Wir sind für euch da, beantworten alle Fragen rund um das Bachelor-Studium Sozioökonomie und stehen euch mit Tipps und Tricks gerne beratend zur Seite. So helfen wir euch z.B. mit eurer Studienplanung, konkreten Fragen zu Lehrveranstaltungen oder der Vernetzung mit anderen Sozioökonom*innen. Zudem sehen wir uns als Sprachrohr der Studierenden und setzen uns im Department für eure Anliegen ein.

In diesem Rahmen könnt ihr zu uns in die regelmäßig stattfindende Sprechstunde (Mittwoch 10.00-12.00h) kommen oder uns per E-Mail oder FB kontaktieren. Des Weiteren organisieren wir inhaltliche Veranstaltungen bei denen ihr euch zu verschiedenen Themen informieren könnt z.B. zu Bachelorarbeiten, Auslandssemester, Praktika etc. Außerdem habt ihr bei anderen Veranstaltungen, wie dem Sozioökonomie Café, -Ausflug oder -Kino, die Gelegenheit euch untereinander auszutauschen und zu vernetzen.

Erreichbarkeit:
E-Mail: bachelorsozoek@wu.ac.at
Sprechstunde: Mi., 12-14h im D4.3.112

Facebook: <https://www.facebook.com/sozoek.home/>
FB Gruppe: Sozioökonomie WU Wien

Economics as science

Philosophical foundations and their implications on political reality

Learning about economics as science requires an understanding of the different perspectives of economics that exist. The different streams of economics focus on different problems of the economy, have a different understanding on what and how knowledge can be created and where the limits of scientific knowledge lie. Moreover, they apply different methods for learning about economic phenomena. Philosophy of science offers concepts that enable us to reason about science and the different approaches to science. In the following text, the concepts ontology, epistemology and methodology are shortly presented and related to the common practice in economics. In a next step, the current debates in economics are discussed, first for the philosophical considerations, then for the political implications. An article by **Mara Weiß**

Ontology

The first question philosophy of science asks is: "What can we know?". In economics, this question is hardly ever considered as a point of debate. Instead, it is common to believe that there is a reality out there that can be observed objectively and, having the fact-value dichotomy in mind, economists look for "facts" in the form of quantifiable data that explain the world. From a philosophy of science point of view, mainstream economics employs a flat ontology, in which only the empirical (observed experiences) and the actual (events that happen) exist. A depth ontology would additionally include the real structures and mechanisms that have the power to make events happen. The "real" in this sense means that something can exist even if we are not able to observe or know about it (Spash, 2017).

Epistemology

Further, we need to ask about how knowledge can be created. For a wide range of economists, the philosophical discussion of science starts here, because ontology is considered as irrelevant for the creation of knowledge (Spash, 2017). There are two main epistemological systems: Rationalism and Empiricism. Furthermore, the branches of economics differ in their epistemological strategies being perspective-driven or object-driven. The object-driven approach of Institutional Economics, for example, is to take a specific issue (social institutions) and analyze its implications in depth using different frameworks and theories. Ecological Economics, in contrast, applies a perspective-driven approach by taking the laws of thermodynamics as fundamentally relevant for economics and therefore creates a generalized theoretical framework to explain the economy ("Exploring Economics", 2018). The perspective of Neoclassical Economics adapts its epistemological system to traditional natural science by applying a reductionist view, in which a sum can be explained by its individual constituting parts, and the idea that knowledge can only be created by separating facts from values (Spash, 2017).

Methodology

Lastly, we want to know which methods are appropriate to use to create knowledge. Economics oftentimes uses the concept of epistemology synonymously to methodology, claiming that it is only necessary to use the right tools and models to come to true knowledge. In the history of science, we find two distinct strategies for the creation of knowledge: Rationalism

with deductive arguments and empiricism with inductive arguments. Today, economic science often applies both methods, with some streams using one predominantly ("Exploring Economics", 2018). Neoclassical Economists decided to follow traditional natural science to make science as objective as possible by eliminating or reducing the influence of beliefs and preferences on scientific results. The Scientific Method is both based on empirical evidence and principles of reasoning, therefore applying inductive and deductive arguments, starting from a logical deduction to form hypotheses. It is a standardized prescriptive methodology that allows economics to establish theories about the reality.

The current debates - Philosophical: Naïve objectivism vs. radical relativism (or objectivism vs. subjectivism)

The idea of mainstream economics that the world can be observed and known about in an objective manner, has led to an extreme philosophical position of naïve objectivism of some scholars. Sayer (2010: 31) describes this group of thought to be saying things along the lines of "facts speak for themselves" and theory only plays a role in "ordering, explaining and perhaps predicting the facts". They believe in gaining certainty by "steady accretion of objective knowledge through the unproblematic medium of observation or experience" without questioning their own role as observers. On the other side of the extreme, a radical relativist position has been formulated, which questions the possibility to talk about 'truth' or 'objectivity' if the world can only be understood through particular ways of seeing it. They think "it all depends on your paradigm" and "concepts are not employed because they are claimed to be true, but because they are useful" (ibid.).

Naïve objectivism fails because data is not "given" but necessarily pre-conceptualized and radical relativism fails when we make errors, because reality is not theory-determined. According to Sayer (2010: 37), observation cannot be theory-free nor theory-determined, but instead has a theory-laden character, "because the concepts we have influence how we perceive the world, but they do not determine it nor have no influence at all on it". This position corresponds to a critical realist view that tries to offer an alternative by accepting that there is a reality out there that we might not be able to perceive, but still aims to find knowledge and consider the pre-conceptualizations with which we engage in research (Sayer, 2010: 46).

Political: Why economics is stuck in old myths

In the current debate on economics, many different perspectives level criticism against orthodox Neoclassical Economics. Heterodox streams from Institutional Economics, over Post-Keynesian or Feminist Economics to Ecological Economics, constantly formulate criticism against Neoclassical or mainstream economics, but the discourse seems to be one-sided, as the criticism is partly ignored or accepted in a way that scientific results contain a 'disclaimer' stating that those can only be considered under certain assumptions.

The most forward critique points to the issue on the assumptions of human behavior being purely rational and conforming to the homo economicus model. This critique was further developed by behavioural economists who established ways to include 'anomalies' in human behavior as regularities in economic models. Like Neoclassical economics, Behavioural Economics puts the individual in the focus of research, disregarding contextual factors such as social norms and institutions that can affect human behavior. The attempt to reform traditional economic theory on behavior thus is limited to the creation of theories that explain departures from the rational choice theory.

Regarding an understanding of society and societal issues related to economics, the philosophical position of Neoclassical Economics and Behavioural Economics is still built upon the concepts of atomism and reductionism, meaning that the point of investigation is the individual and his or her preferences (which are measurable in monetary terms) and that the society can be explained by its constituting individuals. It is not sufficiently accounted for the agency and structure effects in collectives or systems and their inherent powers and mechanisms.

One of the more pressing issues with mainstream economics is the disregard of the environmental sphere. The 'solution' that has been found to counter this critique is price setting on environmental goods. The effects of economic activity on the environment can then be included in the economic models as 'externalities' and they are taken care of by the market mechanisms (Campiglio, 2017). In the following paragraphs, the problems with this approach and further issues of this perspective of economics are being highlighted.

Mainstream economics applies a flat ontology, in which the input and output model of a market economy does not consider its embeddedness in the biophysical sphere and the origin of its inputs or the destination of its outputs. The focus of economic policy still lies on GDP and its growth, while no environmental limits are considered. The limits are defined by monetary calculations. Therefore, we can experience examples of "complete absurdity" like the strategy of Denmark to fund its sustainability transitions by a complete exploitation of its oil and gas reserves (Røpke, 2018).

The main problems with 'old economics', as Inge Røpke calls it, is the fundamental lack of understanding for environmental, social and economic crises. The insistence on monetary calculations of use values and the worship of the market mechanism are issues that represent severe barriers to sustainability. From

a distributional perspective, the idea remains that 'everyone will get what they deserve', because everything fits together in the mainstream economic models (Røpke, 2018). The idea of the free market is also problematic, because markets are never completely free, but regulated through political and cultural processes. Otherwise, the practice of child labour could likely be common practice in neoliberal market economies (Chang, 2002, 543).

The political recommendations given by economists are often if not always presented as 'neutral models' based on the best scientific knowledge but are not self-reflective on the political choices that are already taken inside of economic science. The aim for a balanced national budget, for example, follows the decision to favor private consumption over public consumption, because the balanced budget is a self-imposed limit that does not have to be obtained, as Post-Keynesians argue. Another example is the assessment of macroeconomic models, for which the dynamic effects of tax cuts are often more highly valued than the one of public expenditure (e.g. for child care) on incentives for people to work more (Røpke, 2018).

New economics as a shared alternative

There are many dominant myths shaped by economics, which are built upon philosophical considerations that are not consistent with the reality in which we live in. However, many economists choose to accept these limitations and distortions of scientific knowledge about reality and stop doubting their approach once they are successful in the field.

Heterodox perspectives of economics offer severe critique on much what is going wrong with the prevalent paradigm. However, the mere presence of pluralist economics is not enough, according to Røpke (2018). It is time to create a shared alternative that is unified analytically and organizationally. As constituting elements of this 'new economics', Røpke (2018) proposes the biophysical basis, systems analysis, power relations and inherent dynamics, among others, as essential.

Mara Weiß will soon finish her SEEP-Master at WU.

References:

- Campiglio, E. (2017). The Sustainability of Economic Development. In: Growth, Well-being and Development [Power Point slides]. Department of Socioeconomics. Vienna University of Economics and Business.
- Chang, H. (2002). Breaking the mould: an institutionalist political economy alternative to the neo-liberal theory of the market and the state. *Cambridge Journal of Economics*. 26. 539-559.
- Netzwerk Plurale Ökonomik e. V. (2018). Schools of economic thought. Retrieved from: <https://www.exploring-economics.org/en/> [16.10.2018]
- Røpke, I. (2018). Radical sustainability transitions: a new economics is needed. Presentation on 12.09.2018 at the 15th Congress of ISEE. Puebla, Mexico.
- Sayer, A. (2010). In *Method in Social Science: A Realist Approach*. London: Routledge, 31-57.
- Spash, C. L. (2017). History and Philosophy of Science: Ontology, Epistemology, Methodology [Power Point slides]. Department of Socioeconomics. Vienna University of Economics and Business.

Zuviel BWL im VWL- und SozÖk-Studium?

Die Studieneingangsphase (STEOP) und der darauffolgende Common Body of Knowledge (CBK) sind bekanntlich ident für alle vier Studienzweige des Bachelorstudiums „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (BaWISO) an der WU. VWL/SozÖk-Studierende absolvieren somit im ersten Jahr dieselbe STEOP und denselben CBK wie jene, die später einmal Betriebswirtschaft, Internationale Betriebswirtschaft oder Wirtschaftsinformatik wählen werden. Wir fragen uns: warum eigentlich? Ein Artikel von **Sophie Achleitner**

Problemaufriss & Status Quo. Das Studium „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ besteht in seiner heutigen Form seit dem Wintersemester 2006/07 und wurde damals im Zuge des Bologna-Prozesses der 2000er Jahre eingeführt, der eine Modernisierung europäischer Hochschulbildungsstrukturen mit sich brachte. Seither gliedert sich das Studienangebot der WU in die Bachelorstudien BaWISO und Wirtschaftsrecht, 15 Masterstudiengänge und Doktorats- bzw. PhD-Studien. Die gemeinsame STEOP und der gemeinsame CBK im BaWISO-Studium waren das Resultat einer vom WU-Rektorat vorgegebenen Strategie, die an den einzelnen Departments – insbesondere am Department für Volkswirtschaft – nicht gänzlich ohne Bedenken angenommen wurde. Der Wunsch nach eigenständigeren, fachspezifischen Studienplänen war durchaus gegenwärtig, konnte aber aufgrund von mangelnden Ressourcen an den jeweiligen Departments sowie Problemen mit der Anrechnung von Kursen nicht realisiert werden.

Nun absolvieren also VWL/SozÖk-Studierende das komplette erste Jahr (sofern sie dieses in Mindeststudienzeit abschließen) die gleichen Prüfungen wie ihre KollegInnen in BWL, IBWL WINF, bevor sie in das eigentliche Hauptstudium aufgenommen werden – wofür sie ebenfalls dieselben Prüfungen als Aufstiegsvoraussetzungen absolvieren müssen wie alle anderen.

Die bestehende Regelung bietet Vor- und Nachteile. Zum einen stellt dieses erste, gemeinsame Jahr ein breites Zeitfenster dar, in dem man ohne Probleme oder Zeitverlust zwischen den verschiedenen Studienzweigen hin und her wechseln kann. Für Unentschlossene ist das ein klarer Vorteil: Man bekommt einen oberflächlichen Einblick in alle Bereiche der Wirtschaftswissenschaften und kann so herausfinden, was einem/r am besten liegt. Diese Freiheit bleibt auch bis zum Abschluss des BaWISO-Studiums bestehen, da auch das Online-System erst mit Antrag des Zeugnisses den spezifischen

Studienzweig durch die abgelegten Prüfungen erkennt.

Zum anderen stellen Prüfungen wie AMC 1, AMC 2 und Wirtschaftsprivatrecht jedoch verpflichtende Voraussetzungen für einen Aufstieg ins Hauptstudium dar – Prüfungen, die fachlich gar nichts mit dem VWL/SozÖk-Zweig zu tun haben. Gerade Studierende, die sich bereits für diesen entschieden haben, ärgern sich oftmals über diesen Umstand: Für sie sind diese Prüfungen nichts als mühsame Hindernisse, die zwischen einem/r selbst und dem Hauptstudium stehen.

Der Bedarf an Flexibilität zu Beginn des Studiums ist nachvollziehbar. Die Kehrseite der aktuellen Regelung ist jedoch, dass sich ein/e VWL-StudentIn zuerst verpflichtend mit AMC I und II befassen muss, bevor er/sie Ökonometrie 1 oder Sozialpolitik belegen kann. Zudem macht der Anteil an nicht-VWL/SozÖk-bezogenen Fächern im CBK und der Eingangsphase mit 32 ECTS sehr viel für das Notenschnittskriteri-

nomie absolvieren die Studierenden 43 ECTS an BWL-lastigen Fächern oder Fächer, die nichts mit VWL per se zu tun haben – davon sind alleine 24 ECTS reine BWL-Kurse (in Tabelle grau hinterlegt).

Im eigentlichen Hauptstudium sind es, neben „Soziale Kompetenz“ (3 ECTS) immerhin noch 8 BWL-ECTS, nämlich zwei der vier zur Auswahl stehenden Kurse „Finanzierung“, „Marketing“, „PFO“ und „BLP“. Zumindest hier wären konkret auf VWL/SozÖk ausgerichtete Wahlkurse durchaus machbar, ohne den bestehenden Studienaufbau im großen Still zu verändern. Denkbar wären hier für den VWL-Zweig zum Beispiel passende vertiefende Kurse in Analysis und Linearer Algebra, Voraussetzungen für das Verstehen von Ökonometrie, die bisher leider unzureichend in Eingangsphase und CBK vermittelt werden.

Vergleich mit der Uni Wien. Zweifellos ist ein gewisses Grundlagenwissen in BWL- oder Recht-Fächern für ein allgemeines Wirtschaftsverständnis sinnvoll und sollte daher auch zur „Ausstattung“

Tabelle 1: Der Umfang an nicht-VW/SozÖk-bezogenen Fächern in Eingangsphase und CBK.

Verpflichtende Fächer ohne Bezug zur VWL/SozÖk	ECTS-Anzahl
Einführung in die Betriebswirtschaftslehre	4
Wirtschaft im rechtl. Kontext - Europäisches + öffentliches Wirtschaftsrecht I	4
Accounting & Management Control I	6
Accounting & Management Control II	6
Betriebliche Informations-Systeme I	4
Wirtschaftsprivatrecht I	4
Fremdsprachliche Wirtschaftskommunikation I	4
2 LVs nach Wahl (Finanzierung, BLP, Marketing, PFO)	8
Soziale Kompetenz	3

um aus. Ein schlechtes Abschneiden in diesen Fächern hat demnach einen schlechteren Notenschnitt zur Folge, selbst wenn diese Fächer nichts mit dem gewählten Zweig zu tun haben. Bei der Jobsuche nach oder während dem Studium könnte dies durchaus ein erschwerender Faktor sein.

Im gesamten Verlauf des Studienzweigs Volkswirtschaft & Sozioöko-

eines/r jeden WU-AbsolventIn gehören. Auch an der Uni Wien gibt es BWL-Fächer, die im Bachelorstudium Volkswirtschaft verpflichtend belegt werden müssen. Im Gegensatz zu den 24 BWL-ECTS an der WU sind an der Uni Wien allerdings lediglich 11 ECTS an einschlägigen BWL-Fächern im gesamten Studienplan zu absolvieren. Das sind dort „Grundzüge der allgemeinen Betriebswirtschaftsleh-

re“ und „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“, wo aus Fächern wie Finanzwirtschaft, Buchhaltung, Kostenrechnung, Marketing oder Bilanzierung gewählt werden kann. Zudem werden 15 ECTS zur freien Wahl als individuelle Vertiefung gestellt, während die freien Wahlfächer an der WU sich bloß auf 6 ECTS belaufen, was den Umfang für weitere Vertiefung natürlich einschränkt. Gemessen an den ECTS bietet die Uni Wien somit insgesamt mehr Potenzial für Spezialisierung in die VWL. Nichtsdestotrotz ist der Andrang für das Bachelorstudium „Volkswirtschaft“ an der Uni Wien, mit einer Anzahl von knapp 500 ordentlichen Studierenden im Wintersemester 2017 [1], geringer als auf der WU. Zwar lassen die Daten für die WU keine Aufschlüsselung nach Studiengängen zu, allerdings bestätigt uns dies Prof. Sausgruber, der seit heurigem Wintersemester Vorstand des Departments für Volkswirtschaft ist: „Der wichtigste Vorteil ist, dass unser Studium zahlreich und von vielen guten Studierenden gewählt wird: wir sind bei weitem das größte vergleichbare Programm in Österreich; und die Nachfrage nach unserem Studium ist ungebrochen hoch. Darüber hinaus haben unsere Abgänger sehr gute Berufsaussichten.“ (Prof. Rupert Sausgruber, Vorstand des Departments für Volkswirtschaft)

Ohne Frage liegt der Grund für den hohen Andrang auf die WU mitunter in dem, was Prof. Sausgruber der Standpunkte-Redaktion gegenüber hervorgehoben hat. Des Weiteren mag es stimmen, dass die Form und die Vielfalt des „generalistischen“ BaWISO-Studiums der WU von vielen Studierenden geschätzt wird - dennoch wird die fachspezifische Vertiefung dadurch in gewissen Punkten eingeschränkt und lässt somit Raum für Diskussion und Veränderung offen.

Gründe und Lösungsansätze. Die Frage, wieso der VWL und Sozioökonomie-Bachelor keine eigenständigen Studiengänge sind, lässt sich wohl recht einfach beantworten: das Ändern oder Neueinführen von Studienplänen ist komplex und teuer, sei es ressourcenbe-

dingt oder allein wegen der Übergangsphasen, in denen Teile der LVs parallel angeboten werden müssten [2]. Das generalistische BaWISO-Studium und das somit vereinheitlichte erste Jahr an der WU ist ein fixer Tatbestand, der sich nicht so einfach verändern lässt; objektiv betrachtet allerdings sehr wohl Potenzial zumindest für Teilneuerungen bietet.

Den genannten Problematiken der Aufstiegsvoraussetzungen in das Hauptstudium VWL/SozÖk könnte mit einem vom VWL-Department sehr erwünschten „Major-Minor“-Programm begegnet werden. Das würde sich so gestalten, dass man sich von Beginn an einen Major aussuchen kann, beispielsweise VWL, aber dennoch Minor-Fächer – in diesem Beispiel BWL- oder Sozioökonomie-Fächer – hat. Dadurch könnten die vereinheitlichten Aufstiegsvoraussetzungen für das Hauptstudium an die jeweiligen Studiengänge angepasst werden, ohne den Major – oder eben das Hauptstudium – an die ungeliebten verpflichtenden BWL-Fächer zu knüpfen. Auf diese Weise bliebe das generalistische BaWISO-Studium bestehen, während dennoch neue Vorteile für die Studierenden geschaffen werden könnten. Jene Fächer, die „fachfremd“ wären sollten dann allerdings für den jeweiligen Studiengang konzipiert sein: So wie aktuell bereits VW-Kurse für BetriebswirtInnen angeboten werden, würden es VWLerInnen durchaus willkommen heißen, wenn für VW-Studierende verpflichtende BW-Kurse auch stärker an ihre spezifischen Bedürfnisse angepasst wären.

„Wir sind natürlich laufend mit dem Rektorat in Fragen rund um den Studienplan im Austausch. Das Rektorat ist dabei sehr um Unterstützung unserer Bedürfnisse bemüht, muss aber stets die Machbarkeit und den „Blick auf das Ganze“ berücksichtigen.“ (Prof. Sausgruber)

Das Vizerektorat für Lehre hingegen betonte der Standpunkte-Redaktion gegenüber die bewusste Entscheidung für Disziplinenvielfalt, die den Studierenden durch die gemeinsamen Pflichtfächer eine Entscheidungshilfe sein soll, im Hin-

blick auf die Wahl eines spezifischen Studiengangs. Damit würde das Problem adressiert werden, dass viele Studierende beim Übergang von Schule an die Universität Schwierigkeiten haben, sich für einen Studiengang zu entscheiden.

In einem Punkt sind sich jedenfalls alle einig – VWL-Studierende, das Department für Volkswirtschaft und das Vizerektorat für Lehre sehen die vermittelten mathematischen Grundlagen als ausbaufähig an. Ob man denn hierzu die genannten 8 ECTS aus den zur Auswahl stehenden 4 BWL-Fächern streichen und durch Methoden- oder auf Methoden vorbereitende Kurse ersetzen könnte? Es wird hoffentlich in Betracht gezogen.

Conclusio. Der VWL-Zweig an der WU ist zweifellos eine hervorragende Bildungswahl, der Andrang ist nicht umsonst so groß. Mit Sicherheit werden hier kompetente AbsolventInnen ausgebildet, die auch für weiterführende Masterstudiengänge gute Chancen haben, an international angesehenen Universitäten angenommen zu werden. Die hier angestellten Überlegungen bezüglich der Mängel, die wir im Aufbau des ersten Jahres und somit dem Grundkonzept eines generalistischen Studiums festgestellt haben, sind auf einem hohen Niveau. Dennoch wäre es wünschenswert, diese Denkanstöße für etwaige Neuerungen in künftigen Studienplänen mitzunehmen und über kleinere „Reformen“ wie die angesprochenen Wahlpflichtfächer im Hauptstudium oder die Aufstiegsvoraussetzungen nachzudenken.

Anmerkungen:

[1] vgl. Uni Data: https://oravm13.noc-science.at/apex/?p=103:6::NO:P6_OPEN:N

[2] Argument, das aus dem Gespräch mit Prof. Sausgruber hervorging

Sophie Achleitner hat VWL im Bachelor an der WU studiert.

Freier Handel – gerechter Handel?

Neoklassische Wirtschaftstheorie postuliert einen Nutzengewinn für alle Beteiligten durch intensivierten Freihandel. Doch durch einen Blick auf die tatsächlichen Konsequenzen des Freihandels drängt sich stärker die Frage nach Verlierer_innen und Gewinner_innen einer solchen Politik in den Vordergrund. Die Ungleichheiten im freien globalen Handel verlangen also nach einer anders gestalteten und gerechteren Handelspolitik. Ein Artikel von **Franziska Foissner**

Die Mainstream-Ökonomie argumentiert, basierend auf der Theorie des komparativen Kostenvorteils von Ricardo (1817), dass Freihandel bei beiden Handelspartner_innen zu Spezialisierung und folglich Effizienzgewinnen führt. Durch die Effizienzsteigerung würden alle Beteiligten von einem Wohlfahrtsgewinn profitieren. Die neoklassischen Modelle gehen davon aus, dass die Spezialisierung zur Steigerung der Produktion einzelner Unternehmen führen wird. Diese können ihre Produkte dann zu geringerem Preis produzieren und können den Konsument_innen eine größere Produktauswahl zu günstigeren Preisen anbieten. Aus dieser Perspektive werden höhere Handelsvolumen als notwendig für Wohlstandszuwächse erachtet (Strickner 2017). Die letzten Jahre, die geprägt waren von mehr Freihandelsbestrebungen und neoliberaler Globalisierung, haben jedoch klar gezeigt, dass diese Politik auch eine Kehrseite mit sich bringt (Strickner 2017). Globale Machtverhältnisse verhindern nämlich eine optimale Allokation durch den freien Markt. Diese Machtverhältnisse sind nicht nur eine mögliche Imperfektion von globalen Märkten, sondern sind konstitutiv für diese und können daher nicht unberücksichtigt bleiben (Dunn 2015). Diese systematischen Ungleichheiten im Handelssystem führen immer auch zu Verlierer_innen im globalen unregulierten Handel.

Kritische Untersuchungen zum freien globalen Handel versuchen die Frage nach den Gewinner_innen und Verlierer_innen in den Vordergrund zu stellen und die oft vom Mainstream unberücksichtigten Schattenseiten ins Blickfeld zu nehmen. Der Fokus hier liegt explizit auf den negativen Folgen für industrialisierte Länder. Für Länder des globalen Südens gibt es noch viel weitreichendere Problematiken, siehe hierzu die weiterführende Literatur am Ende des Artikels.

Ökonomische Machtverschiebungen

Intensivierter Freihandel führt zuerst einmal zu einer Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital. Freihandel ermöglicht es, die Produktion auszulagern, um Produktionskosten geringer zu halten und gleichzeitig den heimischen Markt weiter beliefern zu können. Der Produktionsstandort wird im freien Markt also maßgeblich durch die Höhe der Produktionskosten, also Lohnkosten und Steuern determiniert (Editorial 2018). Die Folgen des Outsourcings der Produktion sind einerseits strukturelle Arbeitslosigkeit, da die Qualifikationen von Arbeiter_innen in bestimmten Sektoren nicht beliebig austauschbar sind, und andererseits kann größere Mobilität von Kapital einen globalen Wettbewerb um niedrigere Steuern sowie den Abbau von Sozial- und Umweltstandards intensivieren. Die Folge ist eine Umverteilung der Benefits für Lohnabhängige zu Unternehmensprofiteuren.

Die Machtverschiebungen zugunsten der Arbeitgeber_innen wird dadurch noch verstärkt, dass Unternehmen im Gegensatz zu Arbeiter_innen im Allgemeinen international deutlich besser vernetzt sind und ihre Interessen leichter global koordinieren können. Multinationale Unternehmen haben gegenüber Gewerkschaften einen entscheidenden Vorteil, ihre Interessen global zu artikulieren und durchsetzen, da Gewerkschaften größere Schwierigkeiten haben, sich global zu organisieren. (Editorial 2018).

Außerdem profitieren vom ungehinderten internationalen Wettbewerb hauptsächlich große Unternehmen und multinationale Konzerne, denen es leichter fällt, den Produktionsstandort zu verschieben. Kleinere regionale Unternehmen können von geringeren Produktionskosten an anderen Orten der Welt kaum profitieren und werden an Einfluss verlieren. Große Konzerne werden durch intensiveren Freihandel also zunehmend die Spielregeln am internationalen Par-

kett diktieren. Sinnbildlich für diese Machtverschiebung ist, dass allein die 500 größten Konzerne 70% des weltweiten Handels kontrollieren (Dunn 2015).

Einschränkung staatlicher Steuerungsmechanismen

Freihandelsabkommen strukturieren und limitieren außerdem staatliche Steuerungsmechanismen. Vertraglich fixierte Handelsregeln lassen keine Flexibilität mehr zu Einfuhrvorgaben, Zölle oder Qualitätsstandards individuell, national anzupassen (Editorial 2018). Viele Möglichkeiten, die nationale Industrieproduktion zu steuern und zu beeinflussen, gehen daher verloren.

Negative Folgen für das Klima

Gegeben dem Ziel von größeren Handelsvolumen durch Freihandelsabkommen bedeuten mehr Abkommen auch mehr internationalen Güterhandel und damit verbundene längere Transportwege (Bohacek 2015). Mehr Handel bedeutet also mehr Flug- und Schiffsverkehr; in Anbetracht der mangelnden Umweltauflagen für Schiffsmotoren und der niedrigen Besteuerung von Kerosin werden Freihandelsabkommen die Belastung für die Umwelt somit noch zusätzlich erhöhen (Bohacek 2015). Das weltweite Klimaziel von 2°C wird mit intensiverem internationalen Handel also noch weiter in die Ferne rücken. Die Aktivist_innen von „System Change not Climate Change“ fassen die zentrale Problematik treffend zusammen: „Das gegenwärtige Freihandels- und Investitionsregime befördert ebenfalls die Klimakrise. TTIP, CETA, TISA und die vielen anderen derzeit verhandelten Abkommen schaffen vor allem für global agierende Konzerne mehr Rechte, führen zu vermehrtem Warenverkehr über große Distanzen und bergen die Gefahr des Abbaus von Umwelt- und Sozialstandards. Deshalb ist der Widerstand gegen

diese Abkommen zugleich effektiver Klimaschutz.“ (System Change not Climate Change, n.d.) Für effektiven Klimaschutz braucht es daher auch eine Regulierung des internationalen Warenverkehrs und vermehrte regionale Produktion anstatt einer zunehmenden Liberalisierung.

Vorschlag einer gerechten Handelspolitik

Eine gerechtere und sozial verträgliche Handelspolitik ist auf Grund der vielen Kehrseiten des Freihandels notwendig, damit intensiverer Handel nicht zum Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein kann. Es geht nicht um die kategorische Ablehnung von intensiverem Handel, sondern um eine Handelspolitik, die größeren gesellschaftlichen Zielen wie den Menschenrechten, einer Existenzsicherung, der guten Arbeit für alle sowie den Klimazielen dient und von der alle Beteiligten profitieren (Strickner 2017).

Die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat, eine Vereinigung von Entwicklungs-, Bäuerinnen- und Bauernorganisationen, Aktivist_innen für einen gerechten Handel, Gewerkschafter_innen, Arbeitsmigrant_innen, Umweltschützer_innen und Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Hilfswerken und Konsument_innenorganisationen aus ganz Europa, skizziert eine Alternative zur derzeitigen Handelspolitik und legt starken Fokus auf die Kohärenz der Handelspolitik zu Werten wie Demokratie, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter und Nachhaltigkeit (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat 2013). Angesichts der Verteilungseffekte von liberalisiertem Handel ist es unbedingt notwendig, sozialpolitische Begleitmaßnahmen zu implementieren, die die negativen Effekte abfedern und Ressourcen wieder zu den Lohnabhängigen umverteilen (Editorial 2018, Allianz für ein Alternatives Handelsmandat 2013). Auch müssen Sozial- sowie Umweltstandards in den Verhandlungen stärkere Berücksichtigung finden und ein Wettbewerb nach unten vermieden werden. Ziel sollte es sein, Fokus auf die Bereitstellung regionaler, ökologisch nachhaltiger und leistbarer Lebensmittel

zu richten anstatt nach immer größerem Warenverkehr zu streben (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat 2013). Im Hinblick auf die nicht optimale Allokation durch eine Liberalisierung in Sektoren wie der Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und dem sozialen Dienst, ist es außerdem notwendig, gewisse Sektoren aus dem Liberalisierungsprozess auszunehmen (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat 2013).

Schlussendlich ist es höchste Zeit, den intransparenten und von Konzernen dominierten Verhandlungsprozess demokratischer Kontrolle zu unterziehen. Die Regeln für globalen Handel müssen mit allen Beteiligten ausverhandelt werden und auch demokratischer Kontrolle unterliegen. Nur so kann der globale Handel auch eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und widerstandsfähige Wirtschaftsweisen fördern (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat 2013).

Quellen:

Allianz für ein Alternatives Handelsmandat (2013). Handel: Zeit für eine neue Vision. Online: https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/Attac_Positionspapiere/ATM-lang.pdf [04.03.2019]

Buhacek, H. (2015). Welthandel vs. Umweltschutz – Einige Überlegungen zu TTIP. Online: <https://awblog.at/welthandel-vs-umweltschutz-einige-ueberlegungen-zu-ttip/> [04.03.2019]

Dunn, B. (2015). Neither Free Trade nor Protection: A Critical Political Economy of Trade Theory and Practice. Cheltenham, UK: Edward Elgar

Editorial (2018). Internationaler Handel und Handelsabkommen. *Wirtschaft und Gesellschaft* 2018, 44(3), 275 – 291. Online: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC08890876_2018_3 [04.03.2019]

Ricardo, D. (1817). *On the Principles of Political Economy and Taxation*. London.

Strickner, A. (2017). Das Alternative Handelsmandat: Eckpunkte einer gerechten EU Handels- und Investitionspolitik. Online: <https://awblog.at/das-alternative-handelsmandat-eckpunkte-einer-gerechten-eu-handels-und-investitionspolitik/> [04.03.2018]

System Change not Climate Change (n.d.). Positionspapier. Online: <http://www.systemchangenotclimatechange.at/> [07.03.2019]

Weiterführende Literatur: <http://www.bpb.de/apuz/175499/politische-oekonomie-des-welthandels> <https://www.mattersburgerkreis.at/site/de/publikationen/jep/alleausgabenartikel/artikel/284.html>

Franziska Foissner ist fast mit ihrem VWL-Master an der WU fertig.



IST DIR DAS
STUDIUM
AUCH OFT ZU
MONOTON?

DIE WIPOL
BRINGT
VIELFALT
IN DEIN
STUDIUM

Innerhalb eines Jahres schafft die Wirtschaftspolitische Akademie mit Diskussionen, Workshops und Trainings einen Rahmen für wirtschaftspolitische Themen, die im Studium zu kurz kommen. Wir richten uns dabei an Studierende aller Studienrichtungen – unser gemeinsamer Nenner ist das Interesse an einer sozialeren Wirtschaftspolitik, von der alle etwas haben.



wipol
AKADEMIE

Great Europe from Lisbon to Vladivostok

Challenges and Perspectives of a Common Economic Space

The dialogue between the European Union and Russia will allow to restore and expand economic cooperation and take another step towards the realization of the concept of a common economic space “from Lisbon to Vladivostok”, beneficial to all parties involved. By **Dmitry Erokhin**

The concept of Greater Europe, involving the rapprochement and integration of Russia and European countries, is not new. Back in 1959, in his famous speech, French President Charles de Gaulle spoke in favour of an alliance from the Atlantic to the Urals, which “will decide the fate of the world” [1]. 26 years later, the General Secretary of the CPSU Central Committee, Mikhail Gorbachev, called Europe the common home [2].

In 1994, the Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and Russia was signed, which considered “creating of the necessary conditions for the establishment of a free trade area between Russia and the Union in the future, covering mainly all trade in goods between them, as well as conditions for the realization of freedom of establishment of companies, cross-border trade in services and capital flows” as one of the objectives [3].

In 2001, with the assistance of the President of the European Commission Romano Prodi, a group was even convened to develop a project for a common European economic space [4]. In the same year, Russian President Vladimir Putin, in his landmark speech in German before the Bundestag, declared the importance of close trade and economic relations between Russia and Europe [5]. This was followed by the adoption of the “Roadmap” for the common economic space in 2005 [6]. In 2010, in an article in *Süddeutsche Zeitung*, Putin proposed the creation of a free trade area from Lisbon to Vladivostok [7], and then consolidated and confirmed this idea in 2013 [8] and 2016 in the concepts of Russian foreign policy, according to which the formation of a common economic and humanitarian space from the Atlantic to the Pacific on the basis of harmonization and conjugation of the processes of European and Eurasian integration was seen as a strategic task in relations with the EU [9].

The political crises between Russia

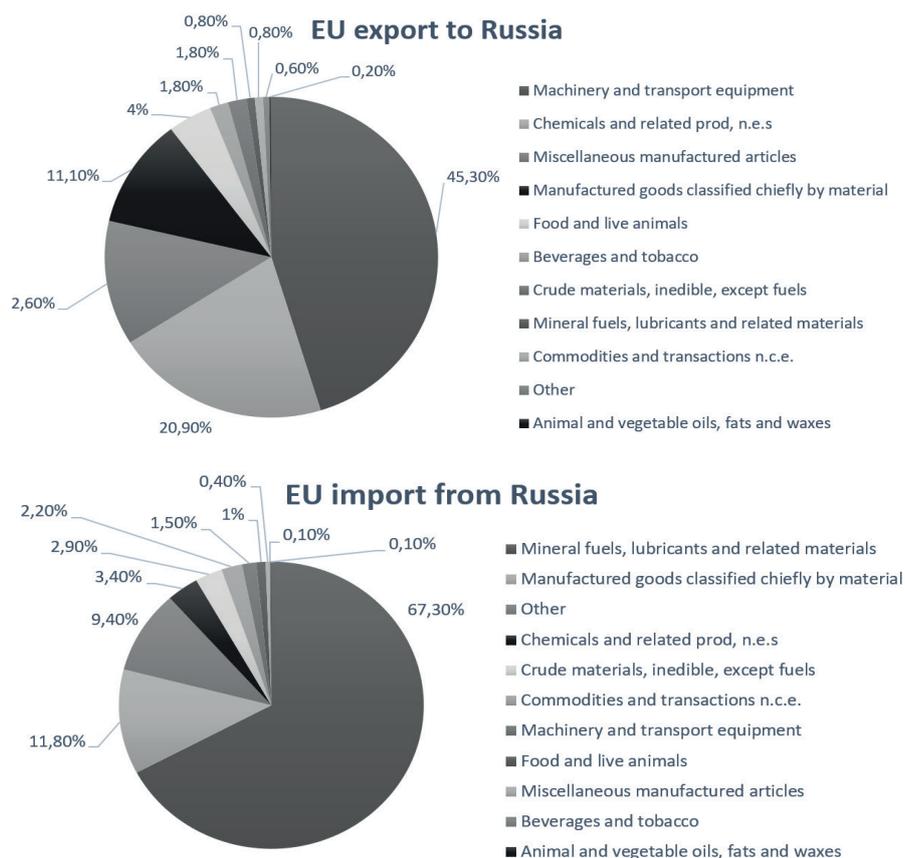


Figure 1: Top: The structure of EU exports to Russia in 2017 [16]. Bottom: EU import structure from Russia in 2017 [15].

and Europe seemed to freeze the project for many years and made it impossible. However, in February 2017, the leading economic research institute of Germany Ifo published an article in which it considered the free trade area from Lisbon to Vladivostok not only realizable, but also beneficial for both parties [10].

Trade between Russia and the European Union

In 2017, the foreign trade turnover of Russia with the countries of the European Union reached 246,492 million US dollars, which is 42.2% of the total value. Thus, the EU is a key player, far ahead of other blocks: the APEC countries (30.5% of foreign trade turnover), the CIS member

states (12.4%), the EAEU countries (8.7%). Countrywide, Germany (8.6%), the Netherlands (6.8%), China (14.9%), Belarus (5.2%), Italy (4.1%) and the USA (4, 0%) are the key trade partners [11]. However, this is not comparable with the figures for 2012, when exports and imports between Russia and the EU reached the record 410,319 million US dollars [12].

On the EU side, Russia in 2016 accounted for 5,5% of the total turnover, ahead only the United States (17,7%), China (14,9%) and Switzerland (7,6%) [14].

The European Union plays an important role in the area of foreign direct investment in the Russian Federation. For example, in 2014, 81% of all foreign

Table 1: Papers on Free Trade Agreements between Russia and the EU and their findings.

Title	Author	Year	Findings
Modelling Economic, Social and Environmental Implications of a Free Trade Agreement between the European Union and the Russian Federation	Center for Social and Economic Research (CASE) [20]	2010	GDP growth in the medium term +0.55% (Russia) and 0% (EU); GDP growth in the long term +2.24% (Russia) and +0.5% (EU), Capital inflows in the Russian Federation in the long term 5.6%, Total production growth in the Russian Federation 3%
Free Trade from Lisbon to Vladivostok	Ifo, Bertelsmann Stiftung [21]	2016	Annual increase in real income per capita: 0.2%/91 EUR (Germany), 3%/235 EUR (Russia); Growth of Russian exports to EU countries: 71 billion EUR
A Wider Europe: Trade Relations Between an Enlarged EU and the Russian Federation	Center for Social and Economic Research (CASE) [22]	2004	Growth of real GDP in the post-Soviet space: 0.2077%; Growth of real GDP in the EU: Positive in all countries (e.g. 0.0737% in Hungary, 0.1757% in Poland, 0.034% in Finland); Growth of real exports from the post-Soviet space: 4.0536%; Growth of real imports to the post-Soviet space: 6.6184%; Growth of real exports from the EU: Positive in all countries except for Poland (-0.0415%); Growth of real imports to the EU: Positive in all countries
The Economic Effects of a Russia-EU FTA	Miriam Manchin [23]	2004	Growth of the Russian exports: In all industries, for example: textiles 112.11%, clothing 148.32%, grocery 98.91%, cars 74.21%, except for gas (-73.82%) and electricity -30.08%; Growth of imports to Russia: In all industries except for oil and coal; Growth in industrial production in Russia: Almost in all industries, for example: gas 226.93%, clothing 28.97%
Economic Effects of Free Trade between the EU and Russia	Pekka Sulamaa [24]	2005	Growth of real GDP: 1.297% (Russia), >0% (EU); Growth of real exports: 4.23% (Russia), >0% (EU); Growth of real imports: 10.3% (Russia), >0% (EU)

investment in Russia came from the EU [17]. In the same year, Russia exported 74.4 billion euros of direct investment in the EU [18].

For example, in 2017, Austria increased exports to Russia by 16.1%. Of the approximately 155 billion euros of passive direct investment in Austria in 2017, 85 billion euros came from the EU (44 billion euros from Germany; 11 billion euros from Italy), 27 billion euros from the Russian Federation, 19 billion euros from America and 11 billion euros from Asia [19].

All this indicates that Russia and Europe need each other, and there is the possibility and necessity of creating a unique market from Lisbon to Vladivostok.

From Lisbon to Vladivostok?

As a rule, free trade is usually only a part of extensive economic cooperation, including the free movement of goods, services, labour and capital. As a result, the countries that have joined the union will lose some revenues from other member states. Are Russia and the EU ready for this?

When establishing free trade, part of the budget revenues will be lost. However, the strengthening of economic relations will lead to an increase in budget revenues for other items (for example, VAT, income tax), which compensate for lost profits.

The next important steps are harmo-

nization of standards or even mutual recognition of certificates and technical norms, tax harmonization (alignment of indirect tax rates), the creation of an effective legal system (mutual recognition of court decisions, cost reduction and acceleration of the judicial process), strengthening of scientific and research exchange, introduction of a visa-free regime.

There are several major studies examining these factors and evaluating their impact on the Russian and European economies.

One of the latest studies was conducted in Germany in spring 2016 by the Ifo institute on request of the Ber-

telsmann foundation. For the first time, a quantitative assessment of the free trade area between the EU and the EAEU (Eurasian Economic Union: Armenia, Belarus, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Russia) was presented, considering other countries with which both Russia and the EU have free trade agreements, and the effects of such an agreement on trade and income.

The basis was a static general equilibrium model of international trade, in which about 140 countries can trade with each other in 57 sectors of trade and services and in which trade flows are hampered by customs duties and non-tariff barriers. 2011 was chosen as a base year, that is, the period before the introduction of Western sanctions and the Russian embargo.

The study is based on the following mental experiment: what would be the trade flows, the sectoral structure of production and real income, if a free-trade agreement was concluded between the EU and the EAEU in the world observed today, contrary to the facts, with a reduction in customs duties and non-tariff trade restrictions. Three scenarios for such an agreement were considered:

- between all EU members and Russia;
- between all EU members and all EAEU members and
- between all EU members and all former member states of the Soviet Union (except for the Baltic countries).

The scope of the agreement is in line with modern EU free trade agreements with other countries.

There is a clear potential for expanding trade in goods and services between the EU and the EAEU. Thanks to an ambitious agreement, Russian exports could grow by 32% compared to 2011; Armenia's exports by more than 80%; exports of Belarus and Kyrgyzstan could double. EU exports to the EAEU countries could increase by more than 60% compared to 2011. The Baltic republics, Slovakia, Finland and Poland would have the largest potential. Also, German exports could increase by 59%.

If a free trade agreement were concluded not only with the EAEU states, but also with the successor countries of the USSR, which are not members of the EU, EU exports would increase by 74% compared to 2011.

As a result of an agreement with the EU, Russia could increase real income by 3.1% or 34 billion euros. Belarus would win even more in percentage terms (+ 4.9%). Noticeable positive effects are expected in Armenia (+ 2.3%), Kyrgyzstan (+ 2.3%) and Kazakhstan (+ 1.7%).

In Europe, the Baltic republics would benefit from the agreement in the first place. Their per capita income could grow by 1.2% - 1.8%; about 200 euros per person per year. About 60% of this growth would come from Russia; the rest were mainly to Belarus.

As a result of an ambitious agreement with the EAEU, the EU would increase real income by 30 billion euros; if other former states of the USSR joined the agreement, income would increase by 40 billion euros. Austria could increase its trade with the EAEU countries by 49%. The per capita income in Austria would grow by 65,27 euros.

For Russia, an agreement that would only cancel customs duties would bring additional 30 euros per person. An increase of 14 euros could be expected for Austria. If non-tariff barriers were removed in all sectors, income in Russia could increase by 151–290 euros per person per year. In Austria, income would increase by 39 - 65 euros per capita.

The author of the study considers the specialization structure, relatively high inter-union tariffs (a significant increase in wealth, thanks to trade), compatible governance structures, contributions to peace and stabilization to be particularly good reasons for the EU-EAEU transaction [26].

As we can see, studies conducted in recent years lead to one result: the creation of a free trade area between Russia and the European Union leads, at least, to Pareto improvement. When creating an FTA, it is important not only to reduce

tariffs on industrial and agricultural products, but also to liberalize the provision of services, to harmonize regulations and reduce trade barriers.

But what stands in the way of a dialogue between the EU and the EAEU?

A formal condition for a free trade agreement is that all countries of the Eurasian Economic Union must be members of the WTO. Following Kazakhstan's accession to the WTO at the end of 2015, this step alone still has to be taken by Belarus which has increased its efforts enormously in recent time. However, the outstanding WTO membership of Belarus is not a really sound argument against the start of an EU negotiation process with the EAEU, as Belarus had to accept the regulations of WTO after Russia's accession to the organization in 2012 [27].

Rather the current political concerns of the EU member states against contacts with Russia are the cause of the overall lack of dialog readiness. Politicians are opposed to the creation of a Eurasian Union with the following arguments: Eurasian integration is a Russian imperial project and an attempt to revive the Soviet Union with the result that member countries will lose their independence [28].

The sanctions introduced in the context of the Ukrainian conflict also stand in the way of possible integration. The European Union combines the loosening of sanctions, but also positive steps in the process of rapprochement with Russia and the EAEU with the implementation of the Minsk Agreement and positive approaches to resolving the conflict. However, the integration is not only restrained by the Western sanctions against Russia, but also retaliatory economic measures. Russia introduced anti-sanctions without consulting the partner countries in the EAEU and created a precedent for making decisions that are only beneficial at the national level. Experts call it an example of national egoism [29].

Also, different social and economic developments in the member states of the EAEU as well as different market-economy transformations of the national

economies are leading to a serious obstacle to the successful implementation of the project. Russia and Kazakhstan, which are internationally recognised as market economies, are far ahead of Belarus, whose economy is dominated by the state. The economies of Russia and Kazakhstan have a pronounced commodity orientation. Belarus has inherited a developed manufacturing industry from the Soviet Union. The business and investment climate also differ. [30]

The problems within the EAEU itself also give rise to concerns in the EU. The Eurasian Economic Union still does not work as a single economic space, the protectionism of the participating countries may put the entire project at risk. [31] In the EAEU there are numerous barriers, exemptions and restrictions. For example, under existing conditions, foreign investors producing modern high-quality products in Belarus, on the territory of the formal Union, are not always free to sell them within the EAEU. All kinds of non-tariff barriers play a negative role. [30]

The Union has so far failed to ensure the freedom of movement of goods, services, people and capital. Membership in the EAEU reminds the game, who will deceive whom more, and turns into constant disputes.

When the EU engages in a closer dialogue with other integration associations, it looks at two factors - whether there is an internal common market and how liberal is the foreign trade regime of this organization. Now, the EU has doubts when looking from Brussels on what is happening in the EAEU. Concrete examples are a ban of milk from Belarus, trade disputes between Kyrgyzstan and Kazakhstan [32, 33]. These are indicators of the imperfection of the EAEU market. The EU is questioning whether there is a common market that functions without problems. Some member countries deviate from the common trade policy of the EAEU. In addition, Brussels is surprised that up to 85% of trade in the EAEU is trade with foreign countries, and domestic trade is decreasing [34].

Compared to European, Eurasian integration was being introduced at a rapid pace. Europe began in 1951 with the

creation of the European Coal and Steel Community, within which the principles of introducing a single market were being worked out. The Russians have reduced the transition process from the Customs Union to the EAEU to four years.

But the key problem is the lack of shared values. The Eurasian Union, unlike the European, is not united by common liberal values and rests either on the military factor or is linked to the economic situation in Russia. Member states love Russia with its ideas, while it can give money. Will there be a Eurasian Union after the resignation of the current leaders from the political arena?

The veteran of the international politics Zbigniew Brzezinski, the US National Security Advisor to Jimmy Carter, was thinking that the EAEU did not have long-term prospects. He doubted that the Eurasian Union would exist for more than 10–20 years, especially if its leaders would change during this time. In addition, the EAEU would become unnecessary when Russia's relations with the western part of Europe would normalize, and with the recognition by the Russian authorities that the country was ultimately a European, not a Eurasian, state [35].

Dmitry Erokhin is a student in the Master of Economics at WU Vienna.

References:

- [1] „Le voyage présidentiel en Alsace“; LE MONDE N° 4615, 24.11.1959, page 4.
- [2] The visit of the General Secretary of the CPSU Central Committee, Mikhail Gorbachev, to France. October 2 - 5, 1985 Documents and materials. M: Political Literature Publishing House, 1985. P. 14.
- [3] https://russiaeu.ru/userfiles/file/partnership_and_cooperation_agreement_1997_russian.pdf
- [4] <http://kremlin.ru/supplement/3266>
- [5] https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966
- [6] <http://www.ru-eu.org/info/roadmap.php>
- [7] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>
- [8] http://www.mid.ru/foreign_policy/official_documents/-/asset_publisher/CptlCk6BZ29/content/id/122186

[9] http://www.mid.ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/2542248

[10] Felbermayr, Gabriel und Jasmin Gröschl, «Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok», ifo Schnelldienst 70 (02), 2017, 39-50

[11] http://www.gks.ru/bgd/free/B04_03/IssWWW.exe/Stg/d03/37.htm

[12] http://www.gks.ru/bgd/regl/b13_01/IssWWW.exe/Stg/d01/2-2-5-1.htm

[13] According to the Federal State Statistics Service

[14] <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7958470/6-29032017-AP-DE.pdf/df5d18a8-7539-4ca3-88a5-c98a0da22382>

[15] https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/sepember/tradoc_113440.pdf

[16] https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/sepember/tradoc_113440.pdf

[17] http://cbr.ru/statistics/print.aspx?file=credit_statistics/dir-inv_in_country.htm&pid=svs&sid=ITM_58761

[18] [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Top_10_countries_as_extra_EU-28_partners_for_FDI_positions,_EU-28,_end_2012%E2%80%9314_\(billion_EUR\)_YB16-de.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Top_10_countries_as_extra_EU-28_partners_for_FDI_positions,_EU-28,_end_2012%E2%80%9314_(billion_EUR)_YB16-de.png)

[19] <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/oesterreichische-exportwirtschaft.pdf>

[20] http://www.case-research.eu/upload/publikacja_plik/29994065_CNR_93.pdf

[21] <http://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2017-02-felbermayr-groeschl-eurasien-2017-01-26.pdf>

[22] http://www.case-research.eu/upload/publikacja_plik/3019914_279.pdf

[23] <http://repub.eur.nl/pub/6607/2004-1312.pdf>

[24] http://aei.pitt.edu/6741/1/1220_36.pdf

[25] https://iep.ru/files/images/comments/Annotaciya_k_dokladu_vshe.pdf

[26] <http://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2017-02-felbermayr-groeschl-eurasien-2017-01-26.pdf>

[27] http://mfa.gov.by/en/foreign_trade/wto/accession/

[28] <http://eurasian-studies.org/archives/2955>

[29] <http://www.eurasiancommission.org/en/nae/news/Pages/31-10-2017-2.aspx>

[30] <https://inosmi.ru/politic/20171117/240783111.html>

[31] <https://blog.iiasa.ac.at/2019/01/16/building-bridges-between-europe-and-asia/>

[32] <https://meduza.io/en/feature/2017/02/03/russia-is-in-a-quarrel-with-belarus>

[33] <https://eurasianet.org/kazakhstan-kyrgyzstan-bicker-over-contraband>

[34] <https://berlin-economics.com/wp-content/uploads/Eurasian-Economic-Union-trade-policy-perspective.pdf>

[35] https://www.rbth.com/international/2017/04/07/zbigniew-brzezinski-russia-should-form-a-closer-union-with-us-and-china_737177

Handbuch Reichtum

Neues aus der Ungleichheitsforschung

Während Illustrierte den Luxus der Reichen und Schönen bis ins kleinste Detail zelebrieren und neoliberale Kräfte extreme Ungleichheit als gerecht, ökonomisch nützlich oder gar nicht so extrem darstellen, nimmt das „Handbuch Reichtum“ eine andere Perspektive ein. Was Großspenden mit unserer Demokratie machen, wie Kriminalität und Reichtum zusammenhängen oder wie die Entwicklung der Ötztaler Tourismusbranche der ursprünglichen Akkumulation gleicht, sind nur einige der höchst spannenden und politisch relevanten Fragen, die darin erörtert werden. Eine Rezension von **Severin Rapp**

Wer über die demokratiepolitischen Auswirkungen von Großspenden und Lobbying liest oder von der Abschottung der Ultrareichen in nahezu befestigten Anlagen mit eigener Polizei und Gerichtsbarkeit hört, stellt sich zwangsläufig Fragen zur Legitimation großer sozialer Ungleichheit. Während Armutsbekämpfung gesellschaftlich und politisch einen breiteren Konsens findet, ist die Frage, welches Maß an Reichtumskonzentration wünschenswert ist, heiß umstritten. Der Band „Handbuch Reichtum“ ist ein wichtiger Beitrag zu dieser Debatte. Auf mehr als 500 Seiten wird Reichtum, dessen Ursprünge, Geschichte, Besitzer_innen, gesellschaftliche Bedeutung und Strategien zum Umgang damit einer vielschichtigen, anschaulichen Analyse unterzogen.

Reicht von antiker Ungleichheit bis zur Zerstörung der Bergnatur.

Die Publikation ist eine Zusammenstellung aus Artikeln, die sich unterschiedlichen Fragen im Zusammenhang mit Reichtum widmen. Das reicht von Messkonzepten über Theorien der Legitimation von Reichtum oder soziale Ungleichheit in der Antike bis hin zum Zusammenhang von Vermögen und Geschlecht. Ein zentraler Bereich des Buches ist außerdem den Quellen und der Reproduktion von Reichtum gewidmet. Etwa befasst sich ein Beitrag mit organisierter Kriminalität, da ein zunehmender Teil des privaten Vermögens aus krimineller Erwerbstätigkeit rührt. Von höchster politischer Relevanz sind auch die Texte zu Demokratie und Reichtum. Zum Beispiel werden die wohlfahrtsstaatlichen Konsequenzen von elitären Großspenden skizziert und die Macht, die den Geldgeber_innen dadurch zufällt oder die Prozesse der ursprünglichen Akkumulation anhand der demokratiefernen Umsetzung touristischer Großprojekte im Tiroler Ötztal nachgezeichnet. Eine weitere Facette der Reichtumsforschung wird im Abschnitt „Kultur des Reichtums“ angerissen. So wird der Zusammenhang zwischen zunehmender ökonomischer Ungleichheit und Entwicklungen im hochpreisigen Segment des Kunstmarkts analysiert. Darüber hinaus wird die räumliche Segregation, die Ungleichheit verursacht, in gleich zwei Beiträgen besprochen. Einer der beiden fokussiert hauptsächlich auf Wohnbaupolitik und Kommodifizierung von Wohnraum in Wien, sowie die gesellschaftlichen Folgen der daraus erwachsenden räumlichen und sozialen Abschottung. In Kritik geraten Projekte wie das unmittelbar neben der WU gelegene „Viertel 2“. Der andere spricht das boomende Phänomen der Gated Communities an, in denen sich die besonders Wohlhabenden teilweise radarüberwacht und mit eigener Polizei bzw. Gerichtsbarkeit vor den „Dangerous Classes“ abschotten. Der Band endet mit Gerechtigkeitsüberlegungen und einer Sammlung an Strategien zur

Eingrenzung auseinanderklaffender Verteilungsverhältnisse. Etwa liefert der Starökonom Gabriel Zucman eine Analyse zur internationalen Vermögensbesteuerung.

Reich an Perspektiven, Anschaulichkeiten und Ideen

Das Handbuch Reichtum stellt aus unterschiedlichen Gründen einen wichtigen Meilenstein in der Debatte um Reichtum dar. Einer davon ist die Multidisziplinarität. Gerade beim Thema Reichtum, dessen Messung und Definition mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist, dient der ausgewogene Perspektivenwechsel einer umfassenden Darstellung unterschiedlicher Aspekte. Besonders gut zeigt sich dadurch, dass Reichtum mehr impliziert als ökonomische Ungleichheit. Vielmehr geht eine Reihe sozialer Ungleichheiten damit einher, beispielsweise in Form demokratischer Mitbestimmung oder räumlicher Polarisierung. Zudem kommt der Publikation zugute, dass der_die Leser_in nicht nur mit statistischen Beschreibungen konfrontiert wird. Obschon diese schockierend sind, ist es umso wichtiger, die Konsequenzen eklatant ungleicher Verteilungen zu diskutieren und plastisch anhand von realen Entwicklungen zu veranschaulichen. Das ermöglicht einem breiten Publikum, eine Vorstellung von dem zu bekommen, was sich hinter zum Teil unvorstellbar hohen Zahlen und einem Gewirr aus Messziffern verbirgt. Eine dritte essentielle Komponente des Bandes ist, dass er die Entstehung von Ungleichheiten thematisiert und konkrete Vorschläge zu deren Reduktion beinhaltet. Das ist besonders wichtig, um wissenschaftliche Erkenntnisse auch auf politischer Ebene nutzbar zu machen.

Eine Bereicherung.

Das Handbuch Reichtum schafft es, Eindrücke in die Reichtumsforschung aus unterschiedlichsten Blickwinkeln zu gewähren. Es lädt zu einem selbstständigen Weiterverfolgen und Kombinieren der Argumentationen und Erkenntnisse unterschiedlicher Disziplinen ein. Die Autor_innen machen einen wichtigen Schritt in die Richtung, den politischen, juristischen und gesellschaftlichen Schleier, der die Analyse von Reichtum vernebelt, zu lüften.

Severin Rapp studiert
Comparative Social Policy
an der University of Oxford.



Nikolaus Dimmel, Julia Hofmann,
Martin Schenk, Martin Schürz
(Hrsg.) | Studienverlag | 1. Auflage
(2017) | 508 Seiten | 44,90 Euro

Steueroasen

Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird

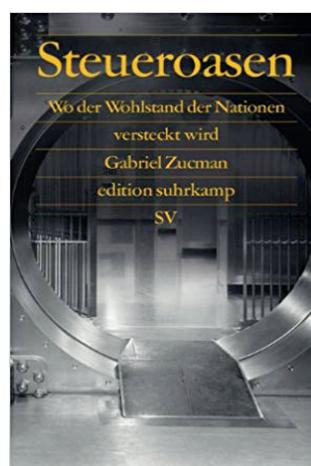
Das Buch des jungen französischen Ökonomen Gabriel Zucman ist nur 118 Seiten dick und bietet einen leichten Einstieg in die Problematik der Steueroasen. Der Autor fasst darin seine Schätzungen über das Ausmaß des weltweit entstandenen Schadens durch entgangene Steuereinnahmen zusammen, erklärt, warum bisherige Versuche der Bekämpfung von Steuervermeidung nicht erfolgreich waren und präsentiert seinen eigenen politischen Aktionsplan zu deren wirkungsvollen Bekämpfung. Von **Andreas Chmielowski**

Das Buch beginnt mit einem Einblick in die Geschichte der Schweiz als Steueroase: Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges lag Europa in Trümmern und die Staaten waren exorbitant hoch verschuldet. Man sah sich nach Quellen für die Finanzierung von Abfindungen, Renten und Reparationen um. Die Spitzensteuersätze stiegen, und mit ihnen die Nachfrage der SpitzenverdienerInnen nach Möglichkeiten, diese nicht zu bezahlen. Die Schweiz bot diese Möglichkeit, da sie aufgrund ihres Bankgeheimnisses keinerlei Informationen über die Kapitalerträge ihrer ausländischen Kunden an deren Heimatländer preisgab. Das war die Geburtsstunde der Schweizer Steuerhinterziehungsindustrie.

Zucman fährt fort, die Entwicklung dieser Industrie bis zum heutigen Tag nachzuzeichnen. Er geht auf die Rolle der Schweizer Banken im Zweiten Weltkrieg ein, die Krise und die darauffolgende Erholung der Steuervermeidungsindustrie in der Nachkriegszeit und die heutige (scheinbare) Konkurrenz der weltweiten Steueroasen. Es zeigt sich: Versuche, Steuervermeidung einzudämmen, liefen bisher immer ins Leere. „Klassische“ Nummernkonten sind mittlerweile verboten, wurden jedoch einfach durch Briefkastenfirmen ersetzt, und die bisher existierenden Abkommen über die Kooperation von Schweizer Banken mit ausländischen Steuerbehörden sind insofern zahllos, als dass erst gravierende Beweise für Steuervermeidung vorliegen müssen, um Information über Kontoinhalte verdächtiger Personen zu bekommen. Im Grunde hat sich seit den Anfängen somit nichts verändert und gegenwärtig boomt die Steuervermeidungsindustrie wie nie zuvor.

Diese Fähigkeit der Steueroasen, immer wieder Möglichkeiten zu finden ihre geschäftlichen Interessen trotz öffentlicher Beteuerungen zur Kooperation bei der Bekämpfung von Steuerflucht zu verfolgen, zeugen von deren Unaufrichtigkeit. Für Zucman ist klar, dass Vertragskonstrukte wie etwa die europäische Zinssteuerrichtlinie (die Schlupflöcher bietet, da sie beispielsweise nur für natürliche Personen gilt) oder das US-amerikanische FATCA nicht funktionieren können, wenn ihnen die angemessenen Mittel zur Kontrolle ihrer Einhaltung und zur (nötigenfalls) erzwungenen Umsetzung fehlen. Maßnahmen, die auf den guten Willen der Steueroasen bauen, sind jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Der Autor geht anhand von im Buch transparent dargelegten Berechnungen davon aus, dass sich weltweit 8% des privaten Finanzvermögens in Steueroasen befindet, das sind etwa 5800 Mrd. Euro. Auf dieser Basis schätzt er: Jährlich entgehen den Staaten dadurch weltweit 130 Mrd. Euro, durch ent-



gangene Einkommenssteuern (nicht besteuerte Dividenden und andere Kapitalerträge), Erbschaftssteuern und Vermögenssteuern. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen zu ergreifen und der weltweiten Steuerhinterziehung ein Ende zu bereiten.

Zucmans Aktionsplan hierfür sieht drei Punkte vor: 1. Wirkungsvolle Sanktionen bei Nicht-Kooperation, etwa in Form von Einfuhrzöllen auf Schweizer Produkte in Höhe der entgangenen Steuereinnahmen der betroffenen Staaten. 2. Ein weltweites Finanzkataster, das die wahren EigentümerInnen aller Wertpapiere identifiziert. Die Schaffung eines solchen ist keineswegs utopisch: In Teilen existieren solche grenzüberschreitenden Erfassungen bereits, man müsste sie nur zusammenführen und einer zentralen Stelle zur Verwaltung übergeben (Zucman schlägt hierbei den IWF vor). 3. Eine weltweite, ebenfalls von zentraler Stelle, eingehobene Quellensteuer auf Kapital, die höher sein muss als der höchste nationale Kapitalsteuersatz und die durch die Staaten (teilweise oder ganz) rückerstattet werden kann, wenn sich die EigentümerInnen der besteuerten Vermögen identifizieren.

118 Seiten sind selbstverständlich zu wenig für eine angemessene Auseinandersetzung mit dem umfangreichen Thema der Steueroasen. Das Buch eignet sich jedoch durchaus als Einstiegsliteratur und ist eine angenehme Lektüre für zwischen-

Andreas Chmielowski studiert VWL im Master an der WU Wien..

Gabriel Zucman | Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird | Suhrkamp Verlag | 1. Auflage (2014) | 118 Seiten | 14 Euro

Als Frau in der VWL nicht untergehen:

Das Netzwerk VrauWL

Als Frau in der Ökonomie ist man von einer zweifachen Geschlechterblindheit betroffen - einerseits sind Frauen in der Wissenschaft kaum vertreten, andererseits werden Realitäten von Frauen in ökonomischen Theorien nicht miteinbezogen. Hier will die VrauWL einen Raum zur Vernetzung schaffen, der es Studentinnen und Ökonominen erlaubt, Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig in dem männerdominierten Feld zu unterstützen. Von Pia Heckl

Oktober 2017 startete für mich und viele Kolleg*innen eine anstrengende Eingangsphase für das Masterstudium Volkswirtschaft. Nach dem Kick-Off Event und den ersten stressigen Vorlesungstagen fiel mir das erste Mal die Zusammensetzung unseres Jahrganges auf – meine zukünftigen Studienkolleg*innen waren zu einem Großteil Männer. Auch die Vortragenden in der Eingangsphase: drei Männer und eine Frau. Spätestens nach dem genaueren Auseinandersetzen mit dem Thema in der Lehrveranstaltung Heterodoxe Ökonomie war klar: Die Ökonomie ist eine männerdominierte Disziplin. Im Studienjahr 2016/17 waren nur knapp 22% der Master Volkswirtschaft Absolvent*innen weiblich, der zweitniedrigste Wert nach dem Master Information Systems. Die Zusammensetzung des Personals am Department Volkswirtschaft verdeutlicht, dass es eine gläserne Decke gibt – im Studienjahr 2016/17 gab es bei den Prae-docStellen einen Frauenanteil von ungefähr 57%, während dieser Anteil bei Professor*innen nur mehr bei ungefähr 13% lag (WU Gleichstellungsbericht 2017).

Umso motivierender empfand ich das Engagement der Programmkoordinatorin des Masters, Heidemarie Straka, die uns gleich zu Beginn auf das Netzwerk VrauWL aufmerksam machte. Die VrauWL wurde 2004 von VWL Studentinnen gegründet, um einen Raum zum Austausch von Frauen in der Ökonomie zu schaffen. Bestehend aus Studentinnen, Absolventinnen, Lehrenden und Ökonominen soll die VrauWL Frauen in der Ökonomie sichtbar machen, Vernetzung ermöglichen, Vorbilder aufzeigen, Frauen in der Disziplin fördern und die Ökonomie nachhaltig und langfristig aus einer feministisch-ökonomischen Perspektive beeinflussen.

Mentoring-Programm

Im Herbst startete die VrauWL ein Mentoringprogramm für Jungökominen,

die am Beginn ihrer Karriere stehen oder noch studieren. Ein Fragebogen, der Themen wie Interessensgebiete in der Ökonomie, bisherige Forschungsschwerpunkte als auch persönliche Erwartungen an das Programm abdeckte, und der Lebenslauf waren Grundlage für ein erfolgreiches Matching. Die Mentorinnen waren eine heterogene Gruppe aus Universitätsprofessorinnen und Ökonominen aus Forschungsinstituten, dem öffentlichen oder privaten Bereich, jeweils an verschiedenen Punkten in ihrem beruflichen als auch privaten Leben. Das VrauWL-Team bildete dann auf Basis dieser gemeinsamen ökonomischen Interessensgebieten 60 Paare. Der Prozess der Anmeldung zum Programm bis zur Bekanntgabe der jeweiligen Mentorin war sehr spannend für uns Studentinnen und stärkte bereits das Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns Frauen – das Mentoring-Programm war regelmäßig auf der Uni Thema, wir informierten Kolleginnen, die noch nichts davon gehört hatten, und warteten alle gespannt auf unsere Matches. Nach dem erfolgreichen Matching-Prozess und kurzer Recherche zu unseren Mentorinnen kam es zu den ersten Treffen. Abhängig von den Vorstellungen und zeitlichen Begrenzungen waren es bei den meisten Paaren zwischen 2 und 5 Treffen bei denen sowohl Einblicke ins Arbeitsleben als Ökonomin als auch Tipps zum Studium und zur Ausbildung gegeben wurden. Im Konkreten wurde auch inhaltliche Fragen zum Forschungsgebiet beantwortet, gemeinsam

Jobbewerbungen verfasst oder Empfehlungen für Praktika oder Ausschreibungen gegeben.

Neben dem Mentoring-Programm organisierte die VrauWL einen R-Kurs mit Simona Jokubauskaite, der ungefähr einmal monatlich stattfand. Da die Übung mit R an der Uni oft zu kurz kommt, war der Kurs in der Kleingruppe sehr förderlich, da auch Raum für Fragen und spezifische Problemstellungen in entspannter Atmosphäre unter Kolleginnen geschaffen wurde. Neben regelmäßigen Plena finden auch noch weitere Veranstaltungen statt, die den Austausch mit anderen Ökonominen und engagierten Frauen ermöglichen.

Mit der VrauWL wurde ein Netzwerk für Frauen geschaffen, das Frauen an allen Stationen ihrer Laufbahn unterstützt und den Zusammenhalt, die Sichtbarkeit und Vorbildwirkung von erfolgreichen Frauen in einem männerdominierten Feld fördert - um gemeinsam einerseits die Realitäten von Frauen in ökonomischen Theorien und Analysen einzubinden und

Pia Heckl ist gerade dabei, ihren Master in VWL an der WU zu beenden.

Quellen:
WU Gleichstellungsbericht 2017: Mag.a Sonja Lydtin, MAS Stabstelle Gender & Diversity Policy

VrauWL zu finden unter:
vrauwl.org/
<https://www.facebook.com/VrauWL/>

„Meine Mentorin ist Carolina Lennon, eine Post-Doc-Forscherin am Institut für Makroökonomie. Das Teilen ihrer Lebenserfahrung in der akademischen Karriere auf der Uni sowie in Forschungsaufgaben bei internationalen Organisationen halfen mir mein Leben nach der Uni besser vorstellen zu können. Für das vergangene Semester suchte sie jemanden, der sie bei aktuellen Forschungsprojekten unterstützte. Ich bekam die Gelegenheit, Daten über Gender-Gaps und Literatur über die Auswirkungen von Migration auf den Wirtschaftswachstum in OECD Ländern zu recherchieren.“

- Isabella Bachleitner macht den mathematischen Zweig des Masters Volkswirtschaft an der WU Wien

Wer unterrichtet dich?

Sabine Frerichs

Prof. Sabine Frerichs ist seit 2016 Professorin für Wirtschaftssoziologie. Im Interview spricht sie mit uns unter anderem über Wahrheit in der Ökonomie und die Verhaltensökonomie aus soziologischer Perspektive. Von **Andjelka Puzić** und **Andreas Chmielowski**

Möchten Sie sich vorstellen?

Mein Name ist Sabine Frerichs, ich bin Professorin für Wirtschaftssoziologie an der WU.

Frau Prof. Frerichs, Sie haben in Trier Soziologie, Politikwissenschaften und VWL studiert. Nun sind Sie in Soziologie habilitiert. Wie kam es zu dieser Studienwahl?

Ich schreibe das so auf, dass ich diese drei Fächer studiert habe, damit deutlich wird, dass ich immer 3 Fächer gleichzeitig mitlaufen lassen habe, aber meine Abschlüsse waren immer in Soziologie; sowohl das Diplom und das Doktorat als auch dann die Habilitation. Ich habe jedenfalls immer mit einer sozialwissenschaftlichen Ausrichtung studiert.

Zur Soziologie kam ich ursprünglich durch einen Vortrag von einem Zukunftsforscher namens Robert Jungk an meiner Schule im letzten Jahr meiner Schulzeit. Ich fand das sehr interessant und recherchierte, wo man so etwas studieren kann. Ein Studium namens „Kritische Zukunftsforschung“ gab es nicht, allerdings fand ich heraus, dass es in Trier einen Soziologieprofessor gab, der sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigte, und über diesen Umweg gelangte ich dann schließlich in Trier zur Soziologie. Das war dann so ähnlich wie hier [an der WU], es waren die verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fächer im Grundstudium eng vernetzt, wodurch ich in Kontakt mit BWL, VWL und den Politikwissenschaften kam.

Wie kamen Sie zum Bereich der Forschung?

Ich arbeitete ab dem zweiten Semester als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni Trier, wodurch für mich Studium und Forschung immer stark vernetzt waren. Im Grunde mache ich heute immer noch das, was ich damals als Studentin angefangen habe, als ich diese bestimmte Arbeitsweise gelernt habe. Für mich war die Uni schon immer der richtige Platz.

Woran forschen Sie zur Zeit?

Derzeit habe ich zwei größere Projekte, an denen ich arbeite. Eines davon ist eine Kritik der Verhaltensökonomie aus soziologischer Sicht. Hier haben wir einerseits die Sozioökonomie, der es darum geht einen realistischeren Zugang zur Ökonomie zu finden, als Mainstream-Denkschulen ihn bieten; man versucht wirklichkeitsnäher und reichhaltiger zu forschen. Diesem eher kleinen Fach steht die große, attraktive Bewegung der Verhaltensökonomie entgegen, die sich ebenfalls einem realistischeren Zugang verschrieben hat. Für mich ist in der Hinsicht vor allem dieser Zulauf zur Verhaltensökonomie interessant: Warum ist dieser um so vieles größer als zur Sozioökonomie? Ich vergleiche, worin sich diese beiden alternativen Zugänge unterscheiden – die ja beide realistischer sein wollen, und doch sehr unterschiedlich sind. Ich untersuche die Verhaltensökonomie

und die dahinterstehenden Modelle: Welche Annahmen werden getroffen? Was bleibt außen vor? Es ist ein kritischer Blick auf die Verhaltensökonomie.

Sind Soziologie/Sozioökonomie oder Ökonomie/Verhaltensökonomie konkurrierende Konzepte?

Man kann es auch komplementär nennen. Da sind wir nun mitten in der Pluralismusdebatte: Kann es verschiedene Zugänge nebeneinander geben? Oder ist einer richtiger als der andere? Es ist wichtig sichtbar zu machen, wo Selektivität vorhanden ist, weil jeder Zugang mit bestimmten Sichtmöglichkeiten oder blinden Flecken kommt.



Sabine Frerichs

Prof. Frerichs lehrt und forscht seit 2016 am Department für Sozioökonomie und ist Leiterin der Fakultät Soziologie und Empirische Sozialforschung. Sie unterrichtet im Bachelor WISO und im Master Sozioökonomie. In ihrer Forschung setzt sie sich unter anderem mit der Verhaltensökonomie aus soziologischer Sicht auseinander. Vor ihrer Tätigkeit an der WU war sie an der Universität Helsinki an der Fakultät für Recht tätig.

Dabei ist ein Perspektivenwechsel hilfreich, um einen Gegenstand in seiner ganzen Komplexität und auch kritisch betrachten zu können. Für mich sind verschiedene Perspektiven eher ergänzend als in Konkurrenz zueinander. Gleichzeitig ist es aber nicht von der Hand zu weisen, dass es dominante bzw. populäre Perspektiven gibt. Die Ökonomie ist, was das angeht, sehr hierarchisch geordnet, sodass sich die weniger populären Perspektiven mehr rechtfertigen müssen. Im Gegensatz dazu ist Pluralismus an Perspektiven in der Soziologie viel normaler, man kann verschiedene Theorien auch nebeneinander stellen.

Aber bringen verschiedene Perspektiven nicht auch verschiedene Ergebnisse? Wieso kann es in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaft nicht einfach eine objektive Wahrheit geben, wie in den Naturwissenschaften?

In einem bestimmten Ausmaß kann es die geben, beispielsweise wenn es darum geht gewisse empirischen Zusammenhänge und Regelmäßigkeiten abzubilden, zu erklären und zu prognostizieren. Zwar werden die Erkenntnisse auch hier vermittelt – es gibt Instrumente, denen Annahmen zugrundeliegen, und Ergebnisse, die interpretiert werden müssen – aber wenn gewisse Regelmäßigkeiten einfach vorhanden sind, dann werden diese auch von verschiedenen Denkschulen als solche gesehen. In so einem Fall ist die Empirie somit der Prüfstein.

Die Frage ist jedoch, ob man diese Regelmäßigkeiten wie Naturgesetze betrachtet. Denn in den Sozialwissenschaften ist das nicht so wie in den Naturwissenschaften, dass man Theorien über davon unabhängige Gegenstände formuliert. In den Sozialwissenschaften verändert sich der beforschte Gegenstand, er reagiert auf die Theorien, die über ihn gemacht werden. In

der Wirklichkeit werden ökonomische Theorien aufgenommen, interpretiert und umgesetzt. Theorien wollen die Wirklichkeit nicht nur von außen beschreiben, sondern manchmal auch zu einer Rationalisierung beitragen, etwa wenn die Menschen in der Wirklichkeit anfangen, sich durch die Brille der Ökonomie zu sehen. Wenn beispielsweise Studierende damit beginnen, ihre Entscheidungen anhand eines Rational-Choice-Modells zu rationalisieren, dann kommt es zu einer Wechselwirkung zwischen den Beobachtenden und dem Forschungsgegenstand.

Hierbei unterscheiden sich die Denkschulen untereinander: Während einige versuchen, eher objektivistisch an die Sache heranzutreten, beziehen andere den Umstand mit ein, dass sich Theorien mit der Realität entwickeln und begrenzt sind. Ich finde, dass die Verhaltensökonomie gerade den Zeitgeist widerspiegelt: Hier gibt es eine gewisse Naturalisierungstendenz – also dass man Verhaltensweisen eben der Natur, und nicht sozialen Prozessen zuschreibt.

Ist es also sinnlos von einer objektiven ökonomischen Forschung zu reden?

Nein, gar nicht. Denn wenn ich hier sagen würde, sie sei nicht objektiv, müsste das im Sinne der Dichotomie von Objektivität und Subjektivität bedeuten, sie sei subjektiv – und das würde ich nicht sagen. Um diesen Gegensatz zu überbrücken, würde ich eher den Begriff der Intersubjektivität verwenden: Zum einen ist, wie gesagt, die Wirklichkeit so ein Prüfstand der Objektivität. Also wenn wir die Wirklichkeit mit unseren Theorien nicht angemessen beschreiben, dann können diese falsifiziert werden. Aber: Wer formuliert die Kriterien, wer einigt sich darauf, was eine gute oder aussagekräftige Theorie ist? Das ist die Wissenschafts- und Forschungsgemeinschaft – somit gibt es hier nicht einen einzelnen subjektiven Blickwinkel, sondern eine Interpretationsgemeinschaft. Hier kontrolliert man sich gegenseitig, man muss argumentieren und Belege offen legen. Das

blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W-Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

twitter.com/AundW facebook.com/arbeit.wirtschaft

wirkt wiederum als objektivierende Instanz, die jedoch zwischen Subjekten stattfindet, die idealerweise vernünftig, z.B. sachorientiert und nicht interessegebunden, argumentieren. Das ist ein großer Unterschied zur Behauptung, jedes Subjekt produziere isoliert eine eigene Wirklichkeit und somit sei jeder Blickwinkel gleich gültig – ist er nämlich nicht, denn als Forschende versuchen wir uns schon auf etwas zu einigen.

Was ist Verhaltensökonomie?

Verhaltensökonomie versucht axiomatische Annahmen der neoklassischen Ökonomie durch empirisch fundierte Annahmen oder Beschreibungen zu ersetzen, um dadurch die Modelle realistischer zu machen. Man versucht also Information zu den Grenzen kognitiver Kapazitäten von Individuen, Fehleinschätzungen etc. zu berücksichtigen. Verhaltensökonomie stellt ein Schnittfeld aus mehreren Wissenschaften, vor allem der Ökonomie und der Psychologie, dar. Welche Wissenschaften oder Teilbereiche davon in die Verhaltensökonomie einfließen, ist jedoch sehr selektiv. So wird an manchen Stellen auch soziologisch argumentiert, vor allem im Sinne einer Evolutionsperspektive auf den Menschen: Dieser hat im Laufe seiner Evolution ein „soziales Gehirn“ und somit soziale Präferenzen entwickelt.

Es geht in dieser Perspektive jedoch weniger um den Menschen in einer modernen Gesellschaft. Denn während hier soziale Präferenzen berücksichtigt werden, die sich über zehntausende von Jahren entwickelt haben und auch Eingang in unsere Kulturen gefunden haben, werden „kurzweiligere“ Phänomene wie der Kapitalismus oder die Digitalisierung eher vernachlässigt. Wir sprechen hier von Institutionen, einem Kerngegenstand der Soziologie: Diese wandeln sich auch über kürzere Zeiträume, und weil sie Gesellschaften zu dem machen, was sie sind, wandelt sich dadurch auch der Mensch bzw. sein Verhalten. Wichtig ist: wenn ich Aussagen über Menschen in der Gegenwart mache, suggeriere ich unterschiedliche Handlungsspielräume – je nachdem, ob ich den Menschen und sein Handeln „nur“ als Ergebnis einer langen Evolution von Handlungsstrategien betrachte, oder zusätzlich auch als Ergebnis seiner gesellschaftlichen Umgebung und institutioneller Entwicklungen in jüngerer Zeit.

Sie haben sich in ihrer Vergangenheit auch mit Moralökonomie beschäftigt?

Das war der Titel eines Forschungsprojektes: „Moralökonomie der Schulden“. Moralökonomie ist hier ein Platzhalter für ganz vieles: einen soziologischeren Zugang zur Wirtschaft, Gerechtigkeitsvorstellungen, in der Marktgesellschaft angelegte Moral etc. Das Forschungsprojekt hat sich im Grunde die europäische Schuldengemeinschaft angeschaut: Es ging um die Verschuldung zwischen den Staaten im Zuge der Eurokrise und der Finanzkrise davor, die durch private Verschuldung angestoßen worden war. Schulden sind natürlich ökonomische Beziehungen, aber sie haben auch eine moralische Komponente. Ziel des Forschungsprojektes war genau diese Komponente zu erfassen. Eigentlich entstand Moralökonomie als klassischer Begriff dadurch, dass die Bevölkerungsschichten, die durch die Marklogik benachteiligt waren – z.B. durch den Marktpreis eines gewissen Gutes – rebelliert haben. Junges Beispiel hierfür im europäischen Kontext sind Proteste in Spanien, bei dem die Teilnehmenden riefen: „Wir zahlen diese Schulden nicht, das sind nicht unsere Schulden!“

Sie haben ja derzeit lehrfrei. Werden Sie nach diesem Jahr weiterhin das Fach Wirtschaftssoziologie unterrichten?

Ja, das werde ich dann wieder regelmäßig unterrichten, auch auf Englisch – im Bachelor Studium im VW- und Sozioökonomie-Zweig.

Sie haben ja in Helsinki Rechtssoziologie unterrichtet. Gibt es Unterschiede zu den Studierenden, dem Studium oder der Universität in Wien?

Es ist nicht einfach zu vergleichen. In Helsinki war ich an der Rechtsfakultät und habe Rechtsstudierende unterrichtet. Zum einen sind die Studierenden dort sehr stark ausgesiebt – wenn man Jus studieren will, dann muss man dort einen Aufnahme-test machen und die "Rausfallquote" ist, gerade weil es die Hauptstadt ist, die unter den Studierenden sehr gefragt ist, sehr hoch. Es werden nur etwa 10% aller Antretenden ins Studium aufgenommen. Zum anderen habe ich dort auf Masterniveau unterrichtet, die Studierenden waren also schon auf einem fortgeschrittenen Niveau. Im Vergleich dazu unterrichte ich hier in einem Bachelorprogramm mit einem vergleichsweise niederschweligen Aussiebverfahren vor einem recht heterogenen Publikum. Ich merke schon, dass es auch recht schwache Studierende gibt, die sich relativ schwer tun und auch unglücklich damit sind. Ich verlange in meinen Seminaren unter anderem das Verfassen von Essays, und da muss man sich schon etwas trauen und eigenständig argumentieren – da hilft es nicht sich zu verstecken und einfach mit durchzurutschen. Hier erfahre ich eine große Spreizung in dem, was mir die Studierenden abgeben: Einige sind besonders gut, während andere teilweise auch schummeln. Im Unterschied dazu habe ich in Helsinki auch Großprüfungen und traditionelle Buchexamen durchgeführt, für die die Studierenden vorgefertigten lernen – bei diesem Lernmodus habe ich nicht dieselbe Erfahrung der Heterogenität gemacht.

Sie unterrichten ja auch im Sozioökonomie-Master. Hier gibt es unter den Studierenden viele unterschiedliche Bachelorabschlüsse, z.B. VWL, Soziologie, Politikwissenschaften, etc. Wie schlägt sich diese Unterschiedlichkeit im Studium nieder?

Wenn wir als Lehrende über die Studierenden sprechen, dann sprechen wir immer über deren Heterogenität. Das kann ein Gewinn sein, weil dadurch Austausch stattfindet, aber manchmal muss man auch den kleinsten gemeinsamen Nenner unterrichten. Da gibt es einige, die bereits viel Hintergrundwissen haben, und andere kommen dabei gerade erst mal mit. Wenn man im Unterricht in einen speziellen Diskurs einsteigt, dann hebt man von dem allgemeinen Wissenstand ab, einige fallen da raus. Diesen Unterschied zu bedienen ist leider nicht ganz einfach.

Betreuen Sie auch Abschlussarbeiten?

Ja, sowohl Bachelor- als auch Masterarbeiten. Hier am Department ist es vor allem sehr gern gesehen, wenn Studierende mit eigenen Ideen für Themen zu uns kommen.

Haben sie Ratschläge für angehende Forschende?

Für Menschen wie mich ist Forschung ideal: Man hat die Freiheit, dem nach zu gehen, was einen wirklich stark interessiert, und das kann eine unheimliche berufliche Befriedigung schaffen. Wenn es jedoch einem nicht wirklich Freude bereitet zu forschen, dann sind die Kosten auch relativ hoch: Man ist immer getrieben, weiß, man könnte immer noch etwas machen, hat den Kopf nie wirklich frei. Es besteht auch eine berufliche Unsicherheit: Wenn man darunter sehr leidet, beruflich keine langfristige Perspektive und öfters auch Durststrecken zu haben, dann wäre eher davon abzuraten. Das ist für einige eine starke Belastung, über die man auf jeden Fall hinwegsehen können muss.

Ich rate grundsätzlich dazu, immer den eigenen Interessen nachzugehen: Wenn also wirklich eine intrinsische Motivation besteht, in die Forschung zu gehen, eigenständig zu studieren etc., dann ist hier der Preis auch nicht zu hoch. Jedoch nur aus Prestigestreben eine Professur anzupeilen halte ich für nicht ausreichend, weil man eben schon eine Menge Durchhaltevermögen beweisen muss.

Wie danken Ihnen sehr herzlich für das Gespräch!

Andjelka Puzic
schließt demnächst ihren Master
in Sozioökonomie an der WU ab.

Andreas Chmielowski studiert VWL, braucht
aber noch ein bisschen bis zum Abschluss.

Die Standpunkte brauchen Dich!

Die Standpunkte sind die Zeitschrift der VW/SozÖk/SEEP-Studierenden an der WU Wien. Jedes Semester haben Studierende hier die Möglichkeit, ihre Artikel zu ökonomischen, soziologischen und unibezogenen Themen zu veröffentlichen und somit Schreib- und Publikationserfahrung zu sammeln.

Nun sucht das Redaktionsteam nach ehrenamtlich Unterstützung. Unsere Aufgaben sind:

- Das Organisieren von offenen Redaktionssitzungen,
- das konsequente Aufrechterhalten unseres Social Media-Kanals,
- Ausschau nach potenziellen neuen Autor_innen halten,
- die Unterstützung unserer Autor_innen beim Verfassen ihrer Artikel,
- das Korrekturlesen ebenjener Artikel,
- das Layouten und Drucken der Ausgaben.

Kurzum: Alles, was beim Zeitungsmachen abseits des Artikelschreibens anfällt. Deine Vorteile:

- Redaktionserfahrung sammeln,
- Schreibfertigkeiten verbessern,
- Inesign kennenlernen,
- mit netten Leuten zusammenarbeiten.

Zusätzlich gibt es ein Zertifikat vom VWZ für die Tätigkeit. Egal ob Bachelor oder Master – wichtig ist, dass Du selber gut schreibst und Dich in der Lage fühlst, die Texte anderer Personen auszubessern (auf Deutsch und Englisch). Im Zuge der Arbeitsteilung muss nicht jedes Redaktionsmitglied alle diese Aufgaben übernehmen, es wird jedoch nach jemandem gesucht, der die das länger als nur ein Semester machen will.

Wenn Du Teil der Redaktion werden willst, melde dich einfach unter:

standpunkte.zeitung@gmail.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach zwei Jahren Studierendenvertretungsarbeit wird es nun Zeit, uns von euch zu verabschieden, „Danke“ zu sagen und an unsere Nachfolger*innen zu übergeben.

Wir sind 2017 angetreten und hatten uns damals allerhand vorgenommen: Insbesondere wollten wir die Kommunikation zwischen Studierenden und den Departments transparent organisieren, mehr Mitbestimmung für Studierende in der Studienvertretung und in den Departments schaffen, spannende Veranstaltungen zu im Studium vernachlässigte Themen auf die Beine stellen, die Vernetzung unter den Studierenden stärken und uns dafür einsetzen, dass wir VWL-, Sozioökonomie- und SEEP-Studierende an der WU einen Raum bekommen, den wir selbst gestalten und nach unseren Vorstellungen nutzen können.

Jetzt wird es Zeit über die vergangenen zwei Jahre Bilanz zu ziehen:

- Für mehr Mitbestimmung im Studium haben wir euch im Universitätssenat und Berufungskommissionen vertreten und haben uns wann immer notwendig mit Professor*innen, den Departmentvorständ*innen, dem Vizerektorat für Lehre und Studierende und dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen getroffen, um eure Anliegen vorzubringen und durchzusetzen, sowie Infokampagnen organisiert und gegen Kurskürzungen von beliebten Kursen lobbyiert.
- Für eine transparente Kommunikation mit euch und untereinander haben wir wöchentliche Plena organisiert, bei denen wir informiert und diskutiert haben. Zu den UV-Sitzungen haben wir Berichte über unsere Tätigkeiten veröffentlicht.
- Um die Vernetzung unter Studierenden zu stärken haben wir natürlich die Tradition der Heurigen weitergeführt – was könnte besser dafür geeignet sein :) – und eine Semester-Opening Party organisiert. Besonders wichtig war es uns auch, eng mit VWZ und SozÖk Home zusammenzuarbeiten; viele Dinge haben wir gemeinsam auf die Beine gestellt.
- Wir haben viele spannende Veranstaltungen für und mit euch organisiert, u. a. vier SOLVs, Steuerflucht und Tax Havens, VWL und dann?, SEEP Career Events, Frauenstammtisch, Buchpräsentation „Das gute Leben für alle“, Kurswechsel Präsentationen, R-Tutorien, Economics of Game of Thrones, eine Infoveranstaltung zu den Masterstudiengängen, Semester-Opening Party, SEEP Weihnachtsfeiern.
- Wir haben viel „klassische“ Vertretungsarbeit gemacht und euch in unzähligen Gesprächen, E-Mails, Facebooknachrichten, etc. über das Studium informiert, euch Tipps gegeben und uns mit euch beraten, wenn es Probleme gab.
- Worüber wir vielleicht am glücklichsten sind: wir VWL-, Sozioökonomie- und SEEP-Studierende haben nun tatsächlich einen Raum an der WU! Er ist im D4 im 1. Stock über der Sozialwissenschaften-Bibliothek, erreichbar über den Lift gleich links vom Bibliothekseingang. Schaut vorbei und macht es euch gemütlich! Anfang des kommenden Semesters wird er fertig eingerichtet sein, sodass er feierlich eröffnet werden kann.

Vielen Dank an alle, die dabei waren und all das möglich gemacht haben. Es hat uns sehr viel Spaß gemacht und wir hoffen, ihr habt euch gut vertreten gefühlt. Unseren Nachfolger*innen, die ihr im Mai bei den ÖH-Wahlen gewählt habt, wünschen wir viel Erfolg und mindestens so viel Spaß, wie auch wir hatten.

Eure Studienvertretung VW-SozÖk-SEEP

